Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1645, 1047, 2261. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, den 22. Februar 1926 | 6. Jahrgang ★ Nr. 44

Neuer Sabotagetrick gegen Volksentscheid

Hörsings Neuorganisation der Zeppelinbettelei — Ein Schlag gegen die Volksentscheidsammlungen

einiger Zeit veröffentlichten wir einen erneuten Aufruf ings für die Zeppelin-Eckener-Spende, der den bezeichnenden enthielt: **„Die Not und die Schwere der Zeit kennen wir alle, der Zustand und die Not in Friedrichshafen steht von allen Nöten am höchsten."** Nunmehr zeigt sich der eigentliche dieses Aufrufes. Unter der Ueberschrift **„Neuorganisation Zeppelin-Eckener-Spende"** meldet die Telegraphen-Union:

„Jetzt in allen Provinzen und Ländern haben sich in der letzten Provinzial- bzw. Landesausschüsse für die Zeppelin-Eckener-Spende gebildet, um die einzelnen Gebiete systematisch zu einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen und den Gedanken der Spende bis in die kleinsten Gemeinden und Dörfer hineinzutragen."

Am interessantesten an dieser Meldung sind die **Unterschriften.**

An der Spitze marschiert nämlich der Oberpräsident, Sozialdemokrat und Reichsbannerführer Otto Hörsing.

Zur Seite stehen neben dem Oberpräsidenten von Hannover, Noske, neben dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Zimmer, und neben dem sozialdemokratischen Staatspräsidenten Ulrich vom Freistaat Hessen der **völkische Ministerpräsident Mecklenburg und Fememordschützer Freiherr von Brandenstein,** der Vorsitzende **des Verbandes sächsischer Industriellen, Moras.** Verbindung ist wieder einmal als klassische zu bezeichnen.

Sozialdemokraten, völkische Fememordschützer, der Hauptvertreter der sächsischen Industrie in gemeinsamer Front!

Es ist immerhin ein Bild, was man schon des öfteren gesehen Zuletzt noch, als Otto Hörsing in Begleitung von anderen Reichsbannerführern, zusammen **mit den Vertretern aller faschistischen Verbände bei Hindenburg** saß um ein Ehrendenkmal für die Gefallenen, das in Berlin errichtet werden soll, zu besprechen.

Die Organisierung der Zeppelin-Eckener-Spende, deren **schamlose** Agitation wir bereits seit längerem an Hand sogar der bürgerlichen Presse, aufgezeigt hatten, und die zu einer **Futterkrippe** früherer Offiziere geworden ist, soll nun erneut eine Belebung erfahren. Schon vor einigen Monaten hatte Herr Hörsing in der Reichsbannerzeitung einen Ukas erlassen, daß sich alle Ortsgruppen des Reichsbanners den lokalen Komitees für die Eckener-Spende anschließen hätten, und daß die Reichsbannerleute mit dem Teller in der Hand jedes Haus abklappern müssen, um die Spende zu fördern. Dieser Ukas Herrn Hörsings ist mehr oder weniger auf dem Papier stehen geblieben.

Jetzt stellt man ausgerechnet Herrn Hörsing an die Spitze dieser Neuorganisierung der Zeppelin-Eckener-Spende. Warum stellt man ihn an die Spitze? Herr Hörsing ist Bundesführer des Reichsbanners, einer Massenorganisation, die viele proletarische Elemente in sich birgt. **Die Bourgeoisie weiß, daß sie durch solche Mittel zahlreiche proletarische Elemente in diesem Moment der gesteigerten Wirtschaftskrise von ihrem eigentlichen Kampf abhalten kann.**

Noch wichtiger aber als diese Tatsache ist der Zeitpunkt.

Ausgerechnet zu einer Zeit, wo mit aller Macht die Frage der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten gelöst werden müßte, übernimmt Herr Hörsing, der Vorsitzende des Reichsbanners, die Neuorganisation der Zeppelin-Eckener-Spende.

Das Reichsbanner hat bis heute noch keinen Ton zur Frage der **entschädigungslosen** Enteignung der Fürsten geäußert. Es besteht aber für Hörsing die Gefahr, daß die Reichsbannermitglieder geschlossen sich für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten und für den Volksentscheid zusammen mit allen Organisationen, die ihn vertreten, kämpfen wird. Weil **diese Gefahr besteht, darum stellt der Reichsbannergeneral eine andere Aufgabe: Die Neuorganisierung der Zeppelin-Eckener-Spende.**

Reichsbanner-Kameraden, soll es wirklich dahin kommen, daß Ihr für ein faschistisches Unternehmen Eure Kraft einsetzt und mit dem Klingelbeutel in der Hand von Haus zu Haus geht, während Eure Brüder und Schwestern alles daran setzen, um nicht zum wenigsten auch durch Sammlungen den Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung der Fürsten durchzukämpfen? Wollt Ihr noch länger den Blitzableiter für die Interessen der Fürsten und Fürstenknechte abgeben, um dadurch den Volksentscheid in hinterlistigster Weise zu sabotieren? Das darf niemals sein. Es kann nur eine Parole geben: Reichsbanner links heran. Zurück zur roten Klassenfront!

Und dann gibt es nur eine **gemeinsame Losung aller kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter:**

Keinen Pfennig für den Nordpol-Zeppelin Hörsings!

Jeder Pfennig, den ein Arbeiter übrig hat, gehört der finanziellen Unterstützung des Volksentscheids!

Einheitsfront Hörsing — Löwenstein — Seldte — von Heeringen

Reichsbannerproleten zurück zur roten Front

sonst so „radikale" demokratische „Frankfurter Zeitung", die nie scharf genug gegen die Rechtsorganisationen auftreten konnte, schreibt zu dem **gemeinsamen Besuch** Hörsing, Löwenstein, **Heeringen bei Hindenburg:**

selbst sehen in der hier zum erstenmal in Erscheinung tretenden Gemeinschaft von Kriegerverbänden, die auf politischem scharf die Klingen kreuzen, wie **Reichsbanner, Stahlhelm** der Kyffhäuser-**Bund deutscher Kriegervereine** das sonst so pflegen, einen so hoffnungserweckenden Schritt zur Ueberwindung der unseligen Hetzerei und Zerklüftung im deutschen daß wir die Frage nach der Vaterschaft des Vorschlages, dem man sich geeinigt hat, recht unwesentlich finden. Nur dieser Vorschlag nicht von vornherein einseitig und über falsch abgestempelt werde, stellen wir fest, daß es in der Beratung der Frontkriegerverbände nicht der Antrag des Stahlhelms war, zu dessen Gunsten die anderen Vorschläge zurückgezogen wurden, und daß keineswegs die übrigen Frontkrieger vom Stahlhelm sich haben ins Schlepptau nehmen lassen. Gegenteil, **es war der Reichsbannerpräsident Hörsing, den Seldte vom Stahlhelm, Herr Löwenstein vom Bund jüdischer Frontsoldaten und Generaloberst von Heeringen (Kyffhäuser-Bund) zu ihrem Sprecher vor Hindenburg erkoren.** Man diese schöne Einigkeit (!) weder von der einen noch von der anderen Seite durch irreführende Stimmungsmache gefährden."

„Schöne Einigkeit" mit **Fememördern, Erzberger- und Rathenau-Killern** — wir gönnen sie unseren Demokraten! fragen die **proletarischen Elemente des Reichsbanners,** mit dieser Einheitsfront einverstanden sind. Wenn dann bleibt ihnen **kein anderer Weg übrig, als der:** zur roten **Klassenfront!**

Reichsbannerarbeiter für Fürstenenteignung in der roten Front

demokratische „Berliner Volkszeitung" — ein des großen **Mosse-Konzerns für die „kleinen Leute" — berichtet** über die Berliner Volksversammlung zum Volksbegehren u. a.:

„Schon lange vor Beginn der Versammlung waren die Säle überfüllt, ein großer Teil mußte stehen und ein noch größerer fand keinen Einlaß. Die Redner wiesen zwar in ihren Ausführungen auf die geschaffene Einheitsfront — Kommunistische Partei, Sozialdemokratische Partei und ADGB. — hin, aber trotz SPD. war die Flagge der deutschen Republik, das **schwarzgoldene Banner, nicht zu sehen.** Es ist ein großer Fehler, die Wähler der anderen Parteien derartig vor den Kopf zu stoßen, zumal unter den Versammlungsteilnehmern **zahlreiche Reichsbanner** waren."

Ungewollt gibt hier das Demokratenblatt zu, daß die Reichsbanner-Leute trotz entgegenstehendem Bundesleitungsbefehl es sich nicht nehmen ließen, sich für die entschädigungslose Enteignung einzusetzen. Es scheint, daß die **Reichsbannerarbeiter** vor den Zeichen der Arbeiterklasse keine heilige Scheu empfinden, vielmehr wissen, daß **rot, die Farbe der proletarischen Kämpfer, ihre** Farbe ist.

Deutschnationaler Vorstoß gegen die Verfassung

Reaktionäre Diktaturgelüste

Berlin, 20. Februar.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die Einsetzung eines 28-gliedrigen Ausschusses zur Vorbereitung einer Verfassungsrevision fordert. In erster Reihe soll der Artikel 54 der Reichsverfassung abgeändert werden, der vorsieht, daß der Reichskanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstags bedürfen. Die Deutschnationalen wollen die Verfassung ferner in dem Sinne ändern, daß ein Oberhaus, das nicht aus direkten und allgemeinen Wahlen hervorgeht, eingesetzt wird.

Das Budget der Luther-Regierung

Von Th. Neubauer (Berlin)

Es werden noch gut vier Wochen vergehen, bis die Abstimmung über den Gesamtetat der reaktionären Luther-Regierung erfolgt. Es kommt jetzt darauf an, daß vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter es innerhalb ihrer Partei erzwingen, daß die SPD.-Reichstagsfraktion gegen den Luther-Etat stimmt. Die SPD.-Führer haben durch ihre Stimmenthaltung bei dem Mißtrauensvotum für Luther diesen gerettet und das zweite Luther-Kabinett ermöglicht. Wenigstens jetzt, wo, wie nachfolgende Ausführungen zeigen, Luther seinen restlos arbeiterfeindlichen Etat wird durchzudrücken versuchen, muß sein Sturz und die Reichstagsauflösung erzwungen werden. Der erste Schritt dazu ist die unbedingte Ablehnung des Etats.

Red. d. „Klassenkampf".

** Die umgebildete **Luther-Regierung,** die reinste und typische Vertreterin der Interessen der deutschen Kapitalistenklasse, ist mit einem Budget vor den Reichstag getreten, das besser als eine theoretische Abhandlung den Klassencharakter unserer von allen Demokraten, Sozialdemokraten und anderen Kleinbürgern hochgepriesenen „demokratischen Republik" enthüllt.

Man hat der Bourgeoisie etwa 1000 Millionen Steuern geschenkt; aber die Steuerlasten der erwerbstätigen Massen bleiben im ganzen unvermindert, ja, werden noch erhöht.

Man hat die Sozialausgaben um rund 200 Millionen herabgesetzt und trotz eines Heeres von 5 Millionen Erwerbslosen und Kurzarbeitern nicht mehr als 100 Millionen für ihre Unterstützung eingesetzt, das ist **120 Millionen weniger als im vergangenen Jahre!** Aber zugleich hat man die Ausgaben für Reichswehr und Marine um 160 Millionen erhöht!

Man hat kein Geld für die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, aber man schenkt den Schiffswerften 28 Millionen Liebesgaben.

Man hat kein Geld für die Erhöhung der Renten der Kriegsopfer; aber man baut Torpedoboote und Kreuzer!

Die Ausgaben für den Machtapparat des bürgerlichen Staates können den wirklichen Charakter der Hindenburg-Luther-Seeckt-Republik am besten demonstrieren. Sie setzen sich folgendermaßen zusammen:

1. für Reichswehr und Marine	685,5 Mill.
2. für Polizei (von Reich und Ländern)	940 „
3. für Justiz (von Reich und Ländern)	511 „
4. für kleinere Posten (Teno, Wasserschutz usw.) . .	10 „
	2146,5 Mill.

2100 Millionen: das war 1913 die gesamte eigene Einnahme des Reiches! Seitdem aber ist das stehende Heer von 800 000 Mann abgeschafft und durch die Bürgerkriegsarmee des Generals **v. Seeckt (100,000 Köpfe)** ersetzt worden; seitdem ist die große Kriegsmarine Wilhelm II. aufgelöst, auf eine geringe Anzahl kleinerer Schiffe reduziert worden. Trotzdem frißt dieser Machtapparat heute die gewaltige Summe von 2100 Millionen Mark!

Was Marx und Engels die revolutionäre Arbeiterklasse lehrten, was aber die Sozialdemokratie vergaß und vergessen machen wollte,

das hat die deutsche Kapitalistenklasse in den vergangenen sieben Jahren nach der Novemberrevolution sehr gut begriffen: daß nämlich die „demokratische Republik" der Kampfboden ist, auf dem der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat definitiv ausgefochten wird. Dementsprechend hat sie ihren Unterdrückungsapparat ausgebaut.

In Preußen, dem größten Lande, machten die laufenden Polizeiausgaben im Jahre 1913 68,9 Millionen aus; sie erreichen den Betrag von 307,9 Millionen im Jahre 1926! Sie sind also fast auf das Fünffache gestiegen. Die Kopfzahl der Polizeibeamten stieg von 19 866 auf 79 672 Personen, wobei noch zu bedenken ist, daß die Schutzpolizei von heute eine rein militärische Waffe ist, während die Polizei damals eine „Ordnungspolizei" war.

Die Ausgaben Preußens für die Klassenjustiz betrugen im Jahre 1913 232 Millionen. Sie sind im Jahre 1926 auf 316 Millionen gestiegen! Zwar hat diese Kopfzahl der Beamten nur unwesentlich

Ein vorbildlicher Beschluß

in der Frage der Auslegung der Listen zum Volksbegehren

Die Gemeindeverordneten von Lichentanne in Sachsen haben zur Durchführung des Volksbegehrens beschlossen, daß die Einzeichnungslisten im Gemeindeamt während der üblichen Geschäftszeit sowie abends von 6 bis 8 Uhr, und Sonntags von 10 bis 12 Uhr, zur Einzeichnung ausliegen.

Unsere Gemeindeverordneten sind verpflichtet, in dem Gemeindekollegium ihres Ortes ähnliche Anträge zu stellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260222-15/fragment/page=0001
DFG

angenommen; aber die Zahl der in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachtenden Proletarier ist um so mehr gestiegen.

Zu diesem Unterdrückungsapparat im engeren Sinne kommt aber noch der Teil der Staatsmaschinerie hinzu, der zur Regierung, Verwaltung, Niederhaltung der proletarischen Bevölkerung dient, und der nur zu einem kleinen Teil vom Reich, zum größeren Teil jedoch von den Ländern und Gemeinden bestritten wird. Während die englische Bourgeoisie und die französische Bourgeoisie in ihren Revolutionen 1640 und 1789 mit der Abschaffung des Königtums auch den Einheitsstaat schufen, hat die deutsche Bourgeoisie, die erst durch die Novemberrevolution von 1918 in den vollen Besitz der Staatsgewalt kam, nicht daran gedacht, die Landesregierungen und Landesverwaltungen zugunsten eines Einheitsstaates zu beseitigen. Sie braucht diese Maschinerie vielmehr, einmal um das Netz ihres Unterdrückungsapparats so dicht wie möglich zu machen, und zum anderen, um die politischen Energien der unterdrückten Massen von einem einheitlichen Zentralpunkt der bürgerlichen Klassenherrschaft abzulenken und auf zahlreiche kleinere Mittelpunkte der Länder zu zersplittern.

Im Jahre 1913 beliefen sich die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden auf 4800 Mark. **Im Jahre 1925 hatten Länder und Gemeinden — neben dem Reichsetat von 7 Milliarden — ein Budget von nochmals 7 Milliarden!** Ein Beweis dafür, welche Rolle sie für die Klasseninteressen der Bourgeoisie zu spielen haben.

So tritt auf die heutigen Zustände Deutschlands das Wort von Marx aufs vollkommenste zu:

„Der bürgerliche Staat ist weiter nichts als eine wechselseitige Assekuranz der Bourgeoisklasse gegen ihre einzelnen Mitglieder wie gegen die exploitierte Klasse, eine Assekuranz, die immer kostspieliger und scheinbar immer selbständiger gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft werden muß, weil die Niederhaltung der exploitierten Klasse immer schwieriger wird."

Das deutsche Budget ist der klarste Ausdruck für die ungeheure Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland. Es ist aber auch der Beweis, daß die „demokratische Republik" nicht minder wie die Monarchie der herrschenden Bourgeoisklasse als Unterdrückungsmaschine gegen das Proletariat dient und deshalb den unversöhnlichsten Kampf des Proletariats bis zur Vernichtung dieses Staates herausfordert.

Unverschämte Sabotage der Luther-Regierung

Wozu der Rundfunk da ist

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 22. Februar.

Die Luther-Regierung versucht, durch Rundfunk das Volksbegehren und den Volksentscheid zu sabotieren. Gestern abend sprach der Ministerialrat Kaisenberg im Berliner Rundfunk über das Thema „Volksbegehren und Volksentscheid" und machte im Schlußteil die Zuhörer darauf aufmerksam, daß es vollständig genüge, ihre **ablehnende Haltung durch Stimmenenthaltung zum Ausdruck zu bringen.** In einem solchen Falle wäre das Aufbringen der notwendigen 20 Millionen Stimmen bei starker Stimmenthaltung außerordentlich erschwert. Kaisenberg schloß sein Referat damit, daß nach **„diesen rechtlichen (!) Ausführungen"** die verehrten Rundfunkhörer sich wohl von selbst sagen können, **was sie zu tun haben.**

Ein Aufmarsch von 100 000 in Köln

(Eig. Drahtm.) Köln, 22. Februar.

Zum Roten Tag in Köln kamen gegen 100 000 Arbeiter aus dem Rhein- und Ruhrgebiet in Köln zusammen, die dort demonstrierten. RFB. und RFMB. marschierten geschlossen und uniformiert auf. Für den RFB. sprach der zweite Bundesvorsitzende Kamerad Leow, für den RFMB. eine Genossin. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

*

(Eig. Drahtm.) Wittenberge (Bdb.), 22. Februar.

Am Sonntag marschierten zur Protestdemonstration gegen die Luther-Sabotage im Volksentscheid 10 000 Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei in Wittenberge auf, nachdem am Sonnabend ein Fackelzug des Roten Frontkämpfer-Bundes vorausgegangen war. Die Faschisten der Umgegend waren unter Führung des Jung-Landbundes zusammengezogen worden, um eine Gegendemonstration zu veranstalten, aber die Hakenkreuzgesellschaft verkrümelte sich. Brandenburger Schutzpolizei, die auf Lastautos herangezogen war, wurde nach gemeinsamem Protest der Arbeiter zurückgezogen, die rote Front beherrschte die Stadt.

Kuczynski und Landsberg

Am Freitag, dem 19. Dezember, sprach vom Magdeburger Einheitskomitee zur Herbeiführung des Volksentscheids zur entschädigungslosen Fürstenenteignung Dr. Kuczynski.

Diese Versammlung wurde von den Bürgerlichen und insbesondere von der SPD. sabotiert. Die **„Volksstimme", das Magdeburger Organ der SPD.**, das jeden kapitalistischen und nationalistischen Dreck als Annonce annimmt, **verweigerte die Aufnahme eines bezahlten Inserates für die Kuczinski-Versammlung.** Es ist zu bemerken, daß Dr. Kuczinski, der bekannte Berliner Statistiker, keineswegs Kommunist ist.

Im letzten Moment stellte auch der Saalbesitzer des größten Magdeburger Lokals, der ein Deutschnationaler ist, seinen Saal nicht zur Verfügung. **Dieser selbe Herr überläßt aber Otto Landsberg in den nächsten Tagen für das gleiche Thema den Saal.**

Diese Vorfälle werden den sozialdemokratischen Arbeitern zu denken geben. Dr. Kuczynski wird der Saal nicht zur Verfügung gestellt. Herr Landsberg bekommt ihn. Ob man nicht schon aus dieser Tatsache allein den Schluß ziehen kann, wer von den beiden wirklich für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten kämpft?

Die Versammlung fand trotzdem in einem anderen Saale statt, war **vollkommen überfüllt** und stellte einen **guten Erfolg dar für die Arbeit des Einheitskomitees in Magdeburg.**

Wie der Republikaner Marx die Freiheit der Kunst schützt

Wie der „Montag Morgen" mitteilt, hat **Reichsjustizminister Marx** in Sachen des Schauspielers **Gärtner**, der bekanntlich wegen des Vortrags revolutionärer Gedichte im Gefängnis sitzt, jede Begnadigung oder Haftentlassung abgelehnt. Diesen Beschluß habe Marx in einem persönlichen Schreiben an Gärtners Verteidiger festgelegt.

Der bürgerliche „Montag Morgen" meint hierzu: **„Herr Marx, der sich bereits in seiner Reichstagsrede zum Justizetat schützend vor die deutschen Richter gestellt hat, erklärt sich hier wieder mit einem krassen Fehlurteil der deutschen Justiz solidarisch. Anders könnte auch ein deutschnationaler Justizminister nicht handeln."**

Demokraten und Volksentscheid

Die **demokratische Parteileitung** erläßt zu der Frage des Volksentscheides eine Erklärung, in der es heißt:

„Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion ist aus dem Bestreben heraus, die ungeheuerlichen Forderungen der Fürsten abzuwehren und das schwer leidende deutsche Volk vor weiterer Belastung zu bewahren, nachdrücklichst bemüht, eine diesem berechtigten Verlangen gesetzliche Regelung der Fürstenabfindung auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Die Gestaltung des Kompromißentwurfes im zuständigen Ausschuß steht noch nicht

Oh Gott ich fürchte, das wird kein Hohenzollernwetter!

fest. Die Hoffnung auf eine erträgliche Regelung ist somit noch vorhanden. Für die Deutsche Demokratische Partei ist daher der Zeitpunkt für eine Stellungnahme zu einem Volksentscheid noch nicht gekommen."

Diese Erklärung zeigt sehr deutlich, daß die demokratische Parteileitung **durch den Druck ihrer Mitglieder gezwungen ist, eine beschwichtigende Erklärung abzugeben.** Es ist ja auch klar, die kleinen Geschäftsleute, die Kleingewerbetreibenden, ein Teil der Sparer und Rentner sehen nicht ein, daß sie für die ausgerissenen Potentaten Steuern zahlen sollen.

Selbstverständlich traut sich die Demokratische Partei nicht, offiziell gegen das Fürsten-„Eigentum" Stellung zu nehmen, woraus sich diejenigen, die dieser Partei noch anhängen, einen Vers über den Wert demokratischer „Grundsätze" machen können.

Das Schandkompromiß über die Arbeitslosenunterstützung angenommen

Das Zentrum verhöhnt die Erwerbslosen

Im Reichstag wurde am Sonnabend der am Freitag gefaßte Beschluß des Haushaltausschusses über die **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung** beraten. Danach werden die Unterstützungssätze in den Ortsklassen A, B und C sofort erhöht:

1. für alleinstehende Erwerbslose unter 21 Jahren um 20 Prozent;
2. für alleinstehende Erwerbslose über 21 Jahre um 10 Prozent;
3. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger, sofern sie bereits acht Wochen nacheinander unterstützt worden sind, ebenfalls um 10 Prozent.

Die **Kurzarbeiterunterstützung** soll für den dritten, vierten und fünften ausgefallenen Arbeitstag den Tageslohn betragen. Ferner wird die Reichsregierung in einer Entschließung aufgefordert, „mit allem Nachdruck bei den Ländern dahin zu wirken, daß eine unberechtigte Benutzung der Erwerbslosenfürsorge bekämpft und jede Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme wahrgenommen wird".

Für die SPD. sprach Dißmann. Man muß sagen, daß man aus sozialdemokratischem Munde im Reichstag seit Jahr und Tag keine solche Rede mehr gehört hat. Entgegen allen sonstigen rosigen Prophezeiungen der Dawes- und Locarnoanhänger kennzeichnete Dißmann **die jetzige Krise als eine europäische Dauerkrise.** Man müsse natürlich (!) für technischen Fortschritt und Rationalisierung eintreten, dürfe sich aber nicht über den Ernst der Lage täuschen. Man müsse die Wirtschaft als Sozialist ansehen und erkennen, daß sie **den Bestand des Kapitalismus bedroht und beweist, wie unhaltbar die kapitalistische Herrschaft geworden ist. Bei der Vertretung der Interessen der Erwerbslosen in den Tageskämpfen müsse man als Sozialist daran festhalten, daß die kapitalistische Herrschaft verschwinden muß,** die der Menschheit immer mehr zum Fluch wird!

Frau **Teusch** erklärte als Vertreterin des Zentrums, das Zentrum habe die Erhöhung der Unterstützung für die Ortsklassen B und C abgelehnt, um dem ländlichen Arbeitermangel abzuhelfen, und **weil die auf dem Lande wohnenden Arbeiter die frische Luft und andere Vorteile hätten!**

Trotzdem Genosse **Rädel** auf die Heuchelei des Zentrums in gebührender Weise antwortete und besonders das Steuersystem Reinholds einer scharfen Kritik unterzog, **wurden nach Ablehnung** der weitergehenden **kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge** die Ausschußanträge gegen die Stimmen der Kommunisten, die Entschließung gegen den „Mißbrauch" der Fürsorge gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten **angenommen.**

In der folgenden Weiterberatung des **Etats des Reichsarbeitsministeriums** stellte Genosse **Tiedt** an Brauns nochmals genau präzisiert die Frage, ob die in der vorigen Sitzung angeführte Gegenüberstellung der skandalös niedrigen Invalidenrenten mit den Bezügen der Offiziere und Prinzen, die von Brauns als „Zerrbild" bezeichnet worden war, den Tatsachen entspricht oder nicht. Trotz **kategorischer Wiederholung** der Frage **schwieg** Brauns.

Genosse **Bertz** begründet folgenden kommunistischen Antrag: Der Reichstag mißbilligt das arbeiterfeindliche Verhalten des Reichsarbeitsministeriums, das bei Lohn- und Arbeitszeitkämpfen, sowie bei sonstigen Arbeitsstreitigkeiten durch die gegen die Gewerkschaften gefällten Schiedssprüche fortgesetzt zum Ausdruck kommt. — In einer großen Zahl von Beispielen zeigt er, wie das Arbeitsministerium den Unternehmerangriff, der sich nach Herabdrückung der Löhne auf einn Minimum, gegen die Arbeitszeit richtet, unterstützt. — Ministerialdirektor Sitzler entschuldigte sich, daß man das Arbeitsministerium nicht für alle Schiedssprüche verantwortlich machen könne!

Friedensmiete erst am 1. Juli 1926

Die Bourgeoisie fürchtet die Massenbewegung der Mieter!

Der Steuerausschuß des Reichstags beriet am Sonnabend über den Antrag der KPD. und SPD., die Heraufsetzung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete, die nach dem Finanzausgleichsgesetz bis zum 1. April d. J. erfolgen sollte, **bis zum 1. April 1927 hinauszuschieben.**

Finanzminister **Reinhold**, der für seine Steuergeschenke an die Besitzenden viel Geld braucht, wandte sich in äußerst scharfer Weise gegen diesen Antrag. Die Länder und Gemeinden brauchten dringend das Geld, das sich aus der Steigerung der Hauszinssteuer ergibt. Zahlen die Mieter nicht, so könne auch das in Aussicht genommene Wohnungsbauprogramm nicht durchgeführt werden. Bedauerlich sei, daß Preußen und Sachsen die Mieten nicht bereits nahe an 100 Prozent herangebracht haben, so daß jetzt am 1. April die Miete um 16 Prozent der Friedensmiete heraufgesetzt müßte. —

Genosse **Höllein** zeigte, daß die Mieterhöhung wiederum vor allen Dingen das Proletariat belastet und auch die kleinen Gewerbetreibenden äußerst schwer trifft. Verstärkung des Wohnungsbaues ist auch ohne erhöhte Einnahmen aus der Hauszinssteuer zu erreichen, da bisher über 75 Prozent der Hauszinssteuer von Ländern und Gemeinden zur Erleichterung der Steuerlasten für die Besitzenden und nur 25 Proz. zur Förderung des Wohnungsbaues verwendet werden.

Trotzdem noch einmal ein Vertreter der Preußenregierung rasche Angleichung der Mieten in Altwohnungen an die der neuerstellten Wohnungen, also Verdoppelung der Friedensmieten gefordert hatte, zeigte es sich doch, daß die Bourgeoisie Mittel suchen will, um der sich bildenden Kampffront der Mieter entgegentreten zu können. Ein Antrag wurde angenommen, nach dem die Erhöhung der gesetzlichen Miete auf 100 Prozent der Friedensmiete erst am 1. Juli 1926 in Kraft treten soll.

Die Verhandlungen um das Reichsknappschaftsgesetz

Nach sechswöchentlichen Reichstagsausschußverhandlungen sind das Reichsknappschaftsgesetz sind die Paragraphen 25 und 26, welche die Invalidenpension und die Bezüge regeln, erledigt worden. Die Regierung hat als Ausgleich für die Gewährung der Familienhilfe eine „Umgestaltung" der Pensionierung vorgeschlagen. Durch Einfügung eines besonderen Paragraphen über die Alterspension sollen die Versicherten darüber hinweggetäuscht werden, daß eine Verschiebung der Altersgrenze vorgenommen worden ist. Von kommunistischer Seite wurde beantragt, Versicherte, die das 45. Lebensjahr vollendet haben, zwanzig Dienstjahre mit irgend einer Arbeit in knappschaftlichen Betrieben beschäftigt waren und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichten, als berufsunfähig anzusehen. Hat ein Versicherter mehr als zwanzig Dienstjahre aufzuweisen, so sind diese den Steigerungssätzen voll anzurechnen. Der Antrag wurde mit den Stimmen des Zentrums und der ... abgelehnt. Angenommen wurde folgender Antrag:

„Die Invalidenpension besteht aus einem Grundbetrag und aus Steigerungsbeträgen.

Der Grundbetrag wird in der gleichen Höhe gewährt, in der er für die reichsgesetzliche Invalidenversicherung festgesetzt ist.

Der Steigerungsbetrag wird in Prozenten des Endbetrages jeder Lohnklasse gewährt, in welcher das Mitglied Beiträge entrichtet hat; dabei gilt als Endbetrag der Lohnklasse VII ein Betrag von 225 Reichsmark. Für die ersten 60 nachgewiesenen Beitragsmonate wird der Steigerungsbetrag auf ½ vom Hundert, für die weiteren 60 Beitragsmonate auf 1 vom Hundert und für die weiteren 180 Beitragsmonate auf 1,85 vom Hundert festgesetzt."

Damit ist die frühere Bestimmung, daß die Rente nach 25 Dienstjahren 40 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes beträgt, beseitigt und die Rente wird nach den Lohnklassen des Versicherten ...

Mit Hilfe des Zentrums ist sodann noch die gleitende ... beseitigt worden.

Die Bestimmungen über Rückerstattung zuviel bezahlter Lohnsteuer

Im Reichstag wurde am Sonnabend ein Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer angenommen, dessen wichtigste Bestimmungen über die Zurückerstattung zu viel bezahlter Lohnsteuer wir im folgenden wiedergeben:

Wenn eine Veranlagung für 1925 nicht erfolgt, sind Steuerbeträge, die vom Arbeitslohn einbehalten worden sind, auf Antrag zu erstatten, wenn

1. infolge Verdienstausfalls der steuerfreie Lohnbetrag nicht in Höhe von 860 Reichsmark berücksichtigt worden ist;
2. besondere wirtschaftliche Verhältnisse der im § 56 bezeichneten Art vorliegen, soweit sie nicht schon durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags berücksichtigt worden sind.

Dies gilt auch, wenn der Arbeitslohn nicht für einen bestimmten Zeitraum gezahlt worden ist und der Steuerabzug nach § 7... erfolgt ist.

Im Falle des Abs. 1, Nr. 1, ist einem Arbeitnehmer, der glaubhaft macht, daß bei ihm infolge Verdienstausfalls der steuerfreie Lohnbetrag nicht in Höhe von 860 Reichsmark berücksichtigt worden ist, auf Antrag für jede volle Woche des Verdienstausfalls

a) wenn es sich um einen ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer handelt, ein Betrag von 2 Reichsmark;

b) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 2,50 Reichsmark;

c) wenn es sich um einen verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern handelt, ein Betrag von 3 Reichsmark

zu erstatten. Acht volle Stunden werden einem Tag, sechs Tage einer Woche, vier volle Wochen einem Monat gleichgeachtet. Für den Familienstand ist der Stand am 10. Oktober 1925 maßgebend.

Die Anträge nach § 2 müssen spätestens bis zum 30. ... 1926 eingereicht sein.

Als **Nachweis** des Verdienstausfalles kann im Falle der Krankheit eine **Bescheinigung der Krankenkasse,** im Fall der Erwerbslosigkeit, der Aussperrung oder des Streiks die **Erwerbslosenkontrollkarte,** eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge, des Berufsverbandes oder des Arbeitgebers anerkannt werden.

Steuerabzug bei Kurzarbeit

Uns sind mehrere Fälle bekanntgeworden, wo die Arbeitgeber ihren Arbeitern, die Kurzarbeit leisten, besonders, wenn sie ganze Tage in der Woche ganz aussetzen, die Steuer nicht nach der Steuerfreiheit nach Wochen berechnet in Abzug bringen, sondern die Steuerfreiheit nach Tagen berechnen und von dem Tagesverdienst die Steuer abziehen. Diese Art der Berechnung ist bei Kurzarbeitern dem Gesetz zuwiderlaufend. Der Unterschied, ob die Berechnung nach Wochen oder nach Tagen vorzunehmen ist, ist immer nur darin zu suchen, wie die Lohnzahlungsperiode ist. Es ist aber bei den Kurzarbeitern durchweg eine wöchentliche. Das Einkommensteuergesetz, wie auch das Gesetz über die Senkung der Lohnsteuer vom 19. Dezember 1925 sehen zwingend vor, daß der Steuerpflichtige einen bestimmten Betrag des Lohnes monatlich oder wöchentlich von der Steuer frei hat.

Durch die Steuerfreiheit für einen bestimmten Lohnanteil soll der Arbeiter etwas entlastet werden. Niemand aber hat ihn da zu belasten, wo das Gesetz ihn entlastet. Eine rechtswidrige Belastung liegt aber da vor, wo beim Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses der Arbeitgeber bei wöchentlicher Lohnzahlung den Kurzarbeitern die Steuer, nach dem Tagesverdienst berechnet, abzieht.

Hierzu ein Beispiel: Ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern hat gesetzlich in der Woche 33,60 Mark, täglich 5,60 Mark frei. Bei Kurzarbeit verdient er an drei Tagen der Woche 24 Mark. Bei wöchentlicher Lohnzahlung sind diesem Arbeiter keine Steuern abzuziehen, weil er das steuerliche Existenzminimum von 33,60 Mark nicht verdient hat. Er darf nicht belastet werden. Berechnet der Arbeitgeber dagegen die Steuer nach dem Tagesverdienst, so werden ihm zu Unrecht 72 Pfennig für Steuer abgezogen.

Anders dagegen ist es, wenn der Kurzarbeiter oder sonst ein Arbeiter in seiner freien Zeit tageweise eine Gelegenheitsarbeit annimmt, wo das Beschäftigungsverhältnis zunächst immer nur für einen Tag oder doch für eine kürzere Zeit als eine Woche festliegt. Hier hat der Arbeitgeber die tageweise Berechnung vorzunehmen. Maßgebend für die Berechnung ist also die Lohnzahlungsperiode, nicht die voraussichtliche Beschäftigungsdauer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260222-15/fragment/page=0002

ewerkschaftsbewegung

Wählt neue Betriebsräte!

der Ortskartelle zur Neuwahl der Betriebsvertretungen im Jahre 1926

...sitzenverbände haben zur einheitlichen Neuwahl der Be...tretungen aufgerufen. Entsprechend den Richtlinien des ...einen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen ...Angestelltenbundes wird daher bestimmt, daß die Betriebs...en für Halle und Umgebung einheitlich

am Montag, dem 29. März 1926

...den sollen.

Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1925 ...worden sind, sollen einheitlich die Neuwahlen durchführen. ...Betriebsvertretung hat einen Wahlvorstand mit ein...stimmenmehrheit zu wählen, der aus einem Vorsitzenden und ...sitzern bestehen muß. (§ 28 des Betriebsrätegesetzes.)

...Wahlvorstand darf aus Mitgliedern des alten Betriebsrats ... Im Jahre 1926 gewählte Betriebsvertretungen bleiben ... Sollen außerterminlich gewählte Betriebsvertretungen ...Jahre 1925 aus besonderen Gründen im Amt bleiben, so ...Vereinbarung mit den maßgebenden Gewerkschaften not...

...die besonderen Betriebsvertretungen gemäß § 61 bis 62 des ...rätegesetzes (Sondervertretungen öffentlicher Betriebe und ...vergleiche Vertretungen) gilt dieser Aufruf nicht.

...dürfen nur freigewerkschaftliche Kandidaten ...t werden. Die Aufstellung offener oder verschleierter poli...tischen ist untersagt; auch Unorganisierte dürfen nicht auf ...werkschaftliche Listen gesetzt werden. Betriebsvertretungen ...in allen Betrieben gewählt werden, auch in denen, die im ...ganen Jahr eine Betriebsvertretung nicht hatten.

...Weitere ist mit den zuständigen Gewerkschaften zu regeln.

...artell Halle des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.
gez. Deininger.

...schuß Halle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftskartell).
gez. Sorgenfrei.

...ampf im mitteldeutschen Steinsetzgewerbe

...der Bezirksleitung des **Zentralverbandes der Steinarbeiter,** ...wird uns geschrieben:

...Arbeitgeberverband für das Steinsetzgewerbe in ...Deutschland, Sitz Magdeburg, hat es sich zum Prinzip ge...einen Machtwillen den Arbeitnehmern aufzuzwingen. Zwar ...zumeist nur Kleinbetriebe in Betracht, **was jedoch nicht** ...daß gerade diese Kleinunternehmer sich an die Spitze ...schon stellen und zu diktieren beabsichtigen. Bis Ende 1925 ...für Mitteldeutschland ein Tarifvertrag, welcher von ...Unternehmerverband gekündigt ist. In den Forderungen ...Unternehmer war außer einer **Verlängerung der Arbeitszeit** ...duzierung der Lohnsätze, auch eine ganze Anzahl sonstiger ...erungen für die Arbeiter enthalten. Nach einer großen ...am Verhandlungen wurde schließlich das zuständige Tarif...amt ...rufen, welches vertragsgemäß endgültig zu entscheiden ...unter dem Vorsitz eines Unparteiischen, eines höheren Ver...beamten, kam ein Schiedsspruch zustande, für den ...auch die Unternehmerbeisitzer stimmten, worin im ...der Wortlaut des unternehmerseits aufgekündigten Be...vertrages den beiden Parteien wieder empfohlen wurde. ...euer sollten verschiedene nicht unwesentliche Verschlechte...ngen in Kauf nehmen.

...dem 27. Juli 1925 geltenden Stundenlöhne sollten in ...Tarifvertrag mit übernommen werden. Für die an...Arbeiter war eine Lohnreduzierung von 6 Pfg. pro ...vorgesehen, usw. Während die Arbeitnehmerorganisation, ...Bedenken, diesem Schiedsspruch zustimmte, lehnten ...Unternehmer den Spruch ab und zwangen zu gleicher ...sämtlichen Mitglieder, und zwar unter Androhung einer ...in Höhe von 1000 Mark, eine Lohnreduzierung von ...durchzusetzen. Zumeist kommen Steinsetzunternehmer in ...die gezwungenerweise Mitglied einer Zwangsinnung sein ...Da diese Zwangsinnungen korporativ einem Arbeitgeber...angeschlossen sind, deren Mitglieder also Zwangsmitglieder ...diesem Arbeitgeberverband sein müssen, droht man solchen ...nehmern einfach Geldstrafen für den Fall an, wenn sie das ...der Oberscharfmacher nicht durchführen. — Hier scheint ...Arbeit für die Staatsanwaltschaft vorzuliegen, und läßt ...der Hand des Strafgesetzbuches zweifellos ein Verfahren ...pressung oder Nötigung durchsetzen! Ob's geschieht?

...Arbeiter des Steinsetzerberufes haben selbstredend für die ...igen Unternehmer kein Verständnis und haben aller...wo das Lohndiktat durchgesetzt werden ...die Arbeit **eingestellt.** Solche Lohnabwehrstreiks liegen ...in Apolda, Burg, Kassel, Celle, Delitzsch, Eisleben, ...Gera, Quedlinburg, Zeitz, Gotha, Halle a. d. S., Hannover ...deburg. Wenig zufrieden damit, daß die Arbeiter sich ...beabsichtigte Lohnreduzierung zur Wehr setzen, will jetzt ...Unternehmerverband eine **Aussperrung aller Arbeitnehmer im ...gewerbe vornehmen.** Möglich wäre das nur, wenn die ...en und fiskalischen Bauverwaltungen das Vorgehen der ...ehmer decken. Vorgearbeitet haben die Unternehmer bei ...Bauverwaltungen genügend, und es finden sich jetzt schon ...waltungen, die sich in diesem, den Arbeitern aufgezwunge...Kampf ganz unverblümt auf Seite der wild gewor...Unternehmer stellen. Im Vordergrund sollen die höheren ...ten in der Provinz Hannover stehen; das Landesbauamt ...allem Anschein nach den Vogel insofern abschießen, indem ...Straßenwegewärter den Unternehmern als „Arbeits...zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeiter des Stein...es sind es allerdings von jeher gewöhnt, daß sich bei den ...im Beruf **die öffentlichen Bauverwaltungen stets auf die ...Unternehmer gestellt haben.** Immerhin würde es doch ...Stück sein, wenn diese öffentlichen Bauverwaltungen, ...völlig unberechtigten Vorstoßes der Steinsetzunternehmer ...eine Lohnreduzierung von 15 Pf. pro Stunde durchzusetzen, ...ichen oder in fiskalischen Diensten stehenden Wegewärter ...Unternehmern zur Verfügung stellen wollten. Die Arbeiter...in den Rathäusern, Kreis- und Provinziallandtagen soll...Gelegenheit nehmen, derartigen Beamten, die die Reichsverfas...ungswidrig, und zwar einseitig zugunsten der Unternehmer, ...gehörig die Meinung zu sagen. Die Arbeiter des Stein...es erklären mit aller Bestimmtheit, **unter keinen Um...ständen sich einem Lohndiktat der Unternehmer zu fügen,** sondern ...den aufgezwungenen Kampf bis zu einem Siege durchzu...führen.

DMV.-Halle für Einheitskomitees

...Lohnabbaumaßnahmen der Metallindustriellen

...mitteldeutschen Metallindustriellen haben zum 6. März das ...Lohnabkommen gekündigt mit der Begründung, daß sie ...wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen seien, einen ...abbau durchzuführen. Die Mitgliederversammlung des ...Halle konnte schon am Tage der Kündigung Stellung zu den ...nahmen der Unternehmer nehmen, welche die schärfste ...ung auslösten. Als Tagesordnung der gut verlaufenen ...lung war vorgesehen ein Referat des Kollegen Lieberasch ...über die kommenden Betriebsrätewahlen und die Aufgaben der Betriebsräte. Da der Referent verhindert war zu erscheinen, so ging Kollege Lüttich sofort dazu über, den Bericht von der Geschäftsführerkonferenz zu geben und damit in Verbindung zu bringen die Kündigung der Lohntafel.

Kollege L. hob hervor, daß sich die Konferenz in der Hauptsache beschäftigt habe mit der Kündigung des Arbeitszeitabkommens. Er habe den Standpunkt vertreten, dasselbe aus den verschiedensten Gründen zu kündigen, und ist heute durch das Vorgehen der Unternehmer erst recht der Auffassung, daß sein Standpunkt der richtige gewesen sei, da wir so den Maßnahmen der Metallindustriellen gegenüber einen Gegenpol errichtet hätten.

Kollege Japp unterstützte die Ausführungen des Kollegen Lüttich und verlangte, daß den Unternehmern die geschlossene Front aller Metallarbeiter entgegengestellt werden müsse.

Vom Kollegen Drescher wurden die Verhältnisse in der hallischen Metallindustrie geschildert. Er legte an Hand von Erfahrungen dar, daß die jetzige Wirtschaftskrise zu einem großen Teil von den Werksbesitzern künstlich herbeigeführt ist, um so desto besser die sogenannte „Reinigung" der Wirtschaft und die „Rationalisierung" auf Kosten der Arbeiterklasse durchzuführen. Dies geschehe mittels systematischen Akkord- und Lohnabzugs, und, wo sich die Industriellen stark genug fühlen, durch Kündigung der Tarife und Lohnabkommen. Daher ist jetzt die heiligste Aufgabe der Kollegen in den Betrieben, **den letzten Mann zu mobilisieren** und den freien Gewerkschaften, insbesondere alle Metallarbeiter dem Deutschen Metallarbeiterverband zuzuführen.

Der Bezirksleiter Rößler verteidigte den Standpunkt der Mehrheit der Geschäftsführerkonferenz und legte seine Gründe dar, welche auch jetzt nach der Kündigung der Lohntafel noch dieselben seien. Eine in den nächsten Tagen stattfindende Bezirkskonferenz werde Stellung zu der durch die Metallindustriellen geschaffenen Lage nehmen. R. hofft, daß auch die hallischen Metallarbeiter bei den kommenden Kämpfen ihren Mann stehen werden.

Folgende von der Ortsverwaltung eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des DMV. Halle vom 19. Februar 1926 nimmt Kenntnis von dem Vorgehen der Metallindustriellen, **das Lohnabkommen zum 6. März zu kündigen und einen allgemeinen Lohnabbau durchzuführen.** Die Wirtschaftskrise, verbunden mit Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit, wird vom Unternehmertum systematisch ausgenutzt, die Löhne zu reduzieren und die Arbeiter zu Tausenden aufs Straßenpflaster zu werfen und sie dadurch dem Hunger preiszugeben. Behörden und Unternehmertum arbeiten gemeinsam in Frage der Betriebsstillegungen und Entlassungen und tragen so zum größeren Elend der Arbeiterklasse bei.

Diesem Vorgehen kann nur eine **starke und gefestigte Organisation** entgegentreten. Daher ist es notwendig, daß die indifferenten Kollegen der Organisation wieder zugeführt werden. Die Kollegen verpflichten sich, **in den Betrieben zur Stärkung der Organisation eine großzügige Propaganda zu treiben.** „100 Prozent der Arbeiter gehören in die freien Gewerkschaften", das muß die allgemeine Losung werden."

Unter „Verbandsangelegenheiten" gab Kollege Drescher noch Aufklärung über verschiedene Fragen betreffs der kommenden **Betriebsrätewahlen.** Die Wahl soll allgemein in Halle am 29. März erfolgen, dazu ist notwendig, daß die Betriebsräte sofort die Wahlvorstände bestimmen. Um die Wahl zum obigen Zeitpunkt durchführen zu können, müssen die Wahlausschreiben spätestens am 6. März in den Betrieben ausgehängt werden.

Kollege Straube brachte noch eine Resolution ein, welche, nachdem sich Kollege Schnarchendorf dagegen gewandt hatte, ebenfalls einstimmig bei einigen Stimmenenthaltungen angenommen wurde und folgenden Wortlaut hat:

„Mit Genugtuung stellt die am 19. März stattgefundene Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Ortsverwaltung Halle fest, daß es dem vereinten Bemühen der proletarischen Schichten der Bevölkerung gelungen ist, die Regierung dazu zu bewegen, den Zeitpunkt für die Auslegung der Einzeichnunglisten zum Volksbegehren festzusetzen.

Restlose Enteignung des Fürstengeschmeißes muß auch weiter die Losung der breitesten Massen sein, dafür müssen alle Kräfte angespannt werden.

Um so mehr bedauern die Versammelten die Haltung des ADGB., der sich in Rundschreiben und Aufrufen gegen die Bildung von Einheitskommitees ausgesprochen hat. Die Kollegen fordern die Zurücknahme der Maßnahmen des ADGB., so daß die Schlagkraft der Arbeiterschaft gestärkt wird und so mit vereinter Wucht die Forderungen der Fürsten zurückweisen kann."

ADGB.-Kartell Torgau

Am 17. Februar fand in Torgau eine Sitzung des ADGB.-Kartells statt. Nach Erledigung einiger Rundschreiben wurde auch ein Schreiben, betr. eine Konferenz der Baukontrolleure am 7. März in Leipzig, verlesen, zu der der Kollege Kaiser vom BGB. delegiert wurde. Der ADGB. verlangt in einem Schreiben die Liquidierung des schon gewählten Einheitskomitees unter dem Vorwand, daß alle Arbeiten durch die politischen Parteien erledigt werden. Der Kollege Schwaneberg (SPD.) erklärt daraufhin seinen Austritt aus dem Komitee.

Kollege Holzweißig spricht sodann über die Gewerkschaftsarbeit und zeigte den Kollegen klar die Mängel des Breslauer Gewerkschaftskongresses. In einem kurzen Rückblick über die Landarbeiterbewegung, die mit dem November 1918 einen starken Aufschwung nahm, legt er dar, daß die Landarbeiter, die bis heute in der Gewerkschaft geblieben sind, die Kerntruppe bilden. Er geht weiter auf die ungesunde Lohnpolitik der ADGB.-Instanzen ein, streift das Washingtoner Abkommen, Krankenkassenwesen und verschiedene andere Fragen und zeigt den Kollegen konkret auf, wie für die **Betriebsrätewahlen** und die **Wahlen zum Verwaltungsausschuß der Arbeitsnachweise** vorzuarbeiten ist, um wirklich vorwärtszukommen.

Kollegin Voigt erstattet sodann Bericht über die Tätigkeit der Arbeiter in den **Ausschüssen des Arbeitsnachweises.** Es befindet sich auch ein Kollege darunter, der den Interessen der Erwerbslosen direkt entgegenarbeitet, gegen den eingeschritten werden muß. Die Anwesenden waren mit diesen Ausführungen vollkommen einverstanden. Auch der Kollege Schwaneberg, der allerdings einige Anrempelungen gegen den Kollegen Holzweißig nicht lassen kann, hat nichts zu beanstanden. Kollege Franke gibt dann noch die Bücher bekannt, die zum Verkauf stehen, und der Genosse Gschwend vom Sportkartell gibt bekannt, daß am 3. und 4. März der Film „Die neue Großmacht" läuft, und bittet um regen Besuch. Die nächste Sitzung wird auf den 24. März verlegt.

Erfolge der Opposition in den Gewerkschaften

Im **Holzarbeiterverband** in Berlin erhielt bei der Wahl der Branchenkommission der Musikinstrumentenarbeiter die Liste der Opposition 422 Stimmen und die Liste der Amsterdamer nur 401 Stimmen. Außerdem erhielt im Bezirk Norden die Liste der Opposition 96 Stimmen und die Liste der Amsterdamer 90 Stimmen. Im Bezirk Osten 1 und 2 wurde die Leitung wieder von der Opposition besetzt. Die Branchenkommission der Stellmacher besteht aus 7 Kommunisten und 6 Sozialdemokraten. Im vorigen Jahre war es umgekehrt.

In der Generalversammlung des **DMV.** in Gmünd (Württemberg) wurden in die Ortsverwaltung 4 Kommunisten und 2 Sozialdemokraten gewählt.

Die Zahlstellenleitung des **Baugewerksbundes** in Langen, die aus Kommunisten besteht, wurde wiedergewählt. In die Generalversammlung und den Ortsausschuß wurden kommunistische Delegierte gewählt.

Die Belegschaft der Zuckerraffinerie Halle

hat in ihrer gestrigen Versammlung auf Grund der Tatsache, daß sich so viele Streikbrecher gefunden haben, die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, und zwar auf der Basis, daß der Grundlohn bestehen bleibt und keine Maßregelungen stattfinden sollen. Die Akkordzuschläge aber sollen um 10 Prozent herabgesetzt werden.

Ein ausführlicher Bericht über die sehr wichtige gestrige Versammlung folgt morgen im Betriebsteil des „Klassenkampf". Kollegen, lest und verbreitet die morgige Nummer im ganzen Betrieb!

Verlängerung des Manteltarifs der Gemeindearbeiter

Nach längeren Verhandlungen über den **Reichsmanteltarif der Gemeindearbeiter** kam ein Vertrag zustande, daß der Tarif bis zum 31. März 1927 **verlängert wird.** Ueber einzelne Bestimmungen soll jedoch noch verhandelt werden.

Die langfristigen Tarife liegen nicht im Interesse der Arbeiterschaft. Die Gemeindearbeiter müssen genau aufpassen, was über ihre Köpfe hinweg noch verhandelt wird.

Ein Schandkompromiß im Baugewerbe

Die „Vossische Zeitung" wußte am 13. Februar zu berichten, daß die Verhandlungen um einen **Reichstarif im Baugewerbe** an der Frage der Arbeitszeit gescheitert seien. Zwei Tage später meldete der „Grundstein", daß zum 15. und 16. März ein **außerordentlicher Bundestag** des Baugewerksbundes nach Berlin einberufen sei. Dieser werde sich neben einigen nebensächlichen Fragen vor allem mit dem Abschluß eines Reichstarifes befassen. Gleichzeitig kam im „Vorwärts" eine Notiz, in der mit Entrüstung über die „Indiskretion" der „Voß" hergezogen wurde. **Es sei nicht wahr,** daß die Verhandlungen endgültig gescheitert seien, es sei zwischen den verhandelnden Parteien im Gegenteil vereinbart, vor Ablauf der Erklärungsfrist, also vor dem 17. Februar, nichts in der Presse zu veröffentlichen. Mit anderen Worten: **Die Vertreter der Verbände fürchteten die Kritik der Mitglieder und wollten sie vor vollendete Tatsachen stellen.** Die Herren Paeplow und Co. hatten alle Ursache zu dieser Geheimtuerei. Das ergibt sich aus der **offiziellen Verlautbarung des Baugewerkbundes** im Abend-„Vorwärts" vom 19. Februar.

Der „Vorwärts" **schreibt zunächst, daß vom 11. bis 13. Februar in Berlin verhandelt wurde und daß hierbei die Arbeitszeitfrage** im Vordergrund stand. Die Verhandlungskommission habe sich an den Beschluß des 1. Bundestages gebunden gefühlt. Dieser Beschluß hält wohl „grundsätzlich" am Achtstundentag fest, öffnet aber der **Ueberstundenwirtschaft** Tür und Tor.

Dann heißt es weiter:

„Die dann einsetzenden Reichstarifvertragsverhandlungen gestalteten sich wiederum äußerst schwierig. Auch hier drehte es sich hauptsächlich um die Frage der Arbeitszeit. Aber auch die Lohnfrage bot große Schwierigkeiten. **In der Arbeitszeitfrage war eine Einigung nicht möglich.** Jedoch scheint es, als ob die Unternehmer es **zunächst** (!) beim alten belassen möchten. Sie setzen ihre Hoffnung auf eine ihnen günstigere gesetzliche Regelung der Arbeitszeitfrage. Es bleibt also im Baugewerbe beim Achtstundentag (?). Nach langen Auseinandersetzungen kam dann **in der Lohnfrage** eine Vereinbarung zustande, der auch die Vertreter der Gewerkschaften zustimmen zu können glaubten. Diese Vereinbarung besagt im wesentlichen:

Die bezirklichen Lohnabkommen können spätestens am 8. März zum 31. März gekündigt werden, andernfalls gelten sie als verlängert bis zum 30. Juni. Wo ein bezirkliches Lohnabkommen gekündigt ist, muß über den Abschluß eines neuen Abkommens verhandelt werden. Bleiben die Verhandlungen erfolglos, dann ist das **zentrale Schiedsgericht** bis zum 30. März **anzurufen.** Die von dem Schiedsgericht **festgesetzten Lohnabkommen gelten bis 30. Juni.** Die bis dahin gültigen Lohnabkommen können spätestens am 8. Juni zum 30. Juni 1926 **gekündigt werden, sonst gelten** sie **bis zum 30. September** als verlängert.

Das **zentrale Schiedsgericht** ist **zuständig** zur Entscheidung **ausschließlich über Lohnstreitigkeiten, Ueberstundenzuschläge** und sonstige Zuschläge sowie besondere Entschädigungen, die Art und Weise der Lohnzahlung, Streitigkeiten über Ortsklasseneinteilung, Auslegung der eigenen Schiedssprüche und des neuen Abkommens.

Seine Entscheidungen sind **endgültig.**

Die Parteien haben sich verpflichtet, während der Dauer des bis 28. Februar 1927 laufenden Abkommens in allen durch das Abkommen geregelten Fällen Kampfmaßnahmen zu unterlassen. Die Bauarbeiterverbände haben jedoch das Recht, bis zum 1. September 1926 gemeinsam zu erklären, daß sie eine Verlängerung des Abkommens über den 30. September 1926 nicht wünschen.

Bis zum **Mittwoch,** dem 17. Februar, abends 6 Uhr, mußten die an diesem Lohnvertrag beteiligten Parteien erklärt haben, ob sie diese Vereinbarung ablehnen oder annehmen. Der Vorstand und Beirat des **Baugewerksbundes,** die Vertretung der **Zimmerer,** der **Maschinisten,** des **Christlichen Bauarbeiterverbandes** und die **Unternehmerorganisationen haben der Vereinbarung zugestimmt.**

Im übrigen ist in den anderen strittigen Tarifvertragsfragen, **wie den Ferien,** der Regelung der **Lehrlingsfrage,** der Bauwerkmeistertariffrage, der **Lohnspanne** zwischen den Gelernten und Ungelernten, **eine Einigung nicht möglich gewesen.** Es ist auch vorläufig nicht in Aussicht genommen, diese Verhandlungen noch fortzusetzen. **Aus den ganzen zentralen Reichstarifverhandlungen erscheint** nur für dieses Jahr die Lohnfrage geregelt. Hierzu sei gesagt, daß die Aufgaben des in der Lohnabmachung genannten zentralen Schiedsgerichts **sich ausschließlich** auf die Punkte beschränken, für die es zuständig ist. In allen übrigen Fragen haben die Parteien unbeschränkte Bewegungsfreiheit. (Diese „unbeschränkte Bewegungsfreiheit" ist nach dem oben festgelegten Verbot aller Kampfmaßnahmen köstlich. D. Red. d. „Kl.") Zur Lohnfrage ist zu beachten, daß die Bedingungen für die Arbeiterorganisationen zum 30. Juni und 30. September lösbar sind, während die Unternehmer nur zum 30. Juni von der Bindung zurücktreten können. **Soviel geht aus der Lohnvereinbarung hervor, daß in diesem Jahre keine ernsten Lohnkämpfe im Baugewerbe entstehen werden.** Ob aus den übrigen strittigen Fragen sich Kämpfe entwickeln werden, sei dahingestellt."

Der „Vorwärts" bzw. der offizielle Berichterstatter der Verhandlungskommission belieben zu scherzen, wenn sie behaupten, daß wenigstens in der Lohnfrage eine, ihrer Meinung nach, annehmbare Regelung erfolgt ist. **Wir fragen: Ist es ein Fortschritt, wenn die bis zum 31. März verlängerten völlig ungenügenden Löhne des Vorjahres auch für das laufende Jahr beibehalten werden sollen?** Denn kein Mensch wird glauben, daß die Unternehmer aus eigenem Antriebe oder daß das zentrale Schiedsgericht mit dem berüchtigten „unparteiischen" Vorsitzenden eine der Zeit entsprechende Lohnzulage zugestehen, wenn gleichzeitig jede Kampfhandlung ausgeschlossen sein soll.

Also der einzige angebliche Erfolg, die Regelung der Lohnfrage, ist alles weniger als eine erfolgreiche Regelung. Daß in allen **anderen Fragen keine Regelung erfolgen konnte, macht die Zustimmung der Verbände zu diesem Abkommen** noch verwunderlicher. Diese mußten angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit zumindest auf dem **starren Achtstundentag ohne jede Ueberstundenannahme,** auf einer Ablehnung der **Akkordschusterei** und auf der **Ferienregelung bestehen.**

Das Verderblichste aber ist, daß **der außerordentliche Bundestag vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll. Die Bauarbeiter im ganzen Reich müssen zu diesem schändlichen Abkommen Stellung** nehmen. **Sie müssen eine Neuwahl der Delegierten zum Bundestag durchsetzen und von diesem** selbst verlangen, **daß er dem Abkommen seine Bestätigung versagt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260222-15/fragment/page=0003

Um die Taktik der Einheitsfront

Zur Tagung der Erweiterten Exekutive

Von D. Manuilski

(Schluß)

Die Arbeit, die von dem 5. Weltkongreß vollbracht wurde, wird in der Geschichte eingehen als eine der nützlichsten Seiten der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien des Westens. Doch nach dem 5. Kongreß wurden von den deutschen, polnischen und italienischen Ultralinken nicht minder ernsthafte Fehler begangen. Diese bestanden darin, daß z. B. in einem Lande wie Deutschland, wo die Abwehr der Reaktion die Frage der Konzentration aller Kräfte des Proletariats besonders aktuell machte, die Taktik der Einheitsfront fast zwei Jahre lang nicht angewandt wurde. Die Gruppe Ruth Fischer-Scholem, die auf dem Frankfurter Parteitag im April 1924 zur Parteileitung gelangt war, hat das Parteileben mit Wortgefechten angefüllt, ohne einen ernsthaften Schritt zur Eroberung der breiten Arbeitermassen durch die KPD. zu tun. Diese Erscheinung sahen wir nicht allein in Deutschland. Das, wodurch die Stimmung der Parteifunktionäre vieler Sektionen der Komintern nach dem 5. Kongreß charakterisiert ist, kann nicht anders genannt werden, als Abstinentionismus (Enthaltung) in bezug auf die Taktik der Einheitsfront.

„In Westeuropa“, schrieb Lenin am 14. August 1921 in einem Briefe an die deutschen Kommunisten, „gibt es fast keine Personen, die einigermaßen große Revolutionen durchgemacht hätten; die Erfahrung der großen Revolutionen ist dort beinahe vergessen; der Uebergang vom Wunsche, revolutionär zu sein, und von Reden (und Resolutionen) über die Revolution zur wirklichen revolutionären Arbeit ist ein sehr schwieriger, langsamer, qualvoller Uebergang.“

Seitdem diese Zeilen geschrieben worden sind, hat in Westeuropa die deutsche Revolution 1923 stattgefunden, die mit einer Niederlage geendet hat. Diese Niederlage komplizierte noch mehr „den Uebergang vom Wunsche, revolutionär zu sein, zur wahren revolutionären Arbeit“. Unzweifelhaft hat die Komintern seit 1921 im Sinne einer inneren Festigung Fortschritte gemacht, aber diese sind noch ungenügend, sie sind nicht besonders groß im Vergleich mit jener historischen Rolle, die die Komintern zu spielen hat. Unsere Grundkrankheit — das Unvermögen, die Taktik der Einheitsfront auszunutzen — zerfrißt nach wie vor unsere Sektionen. Wir verstanden es nicht immer, die Sozialdemokratie durch unsere Anträge zur proletarischen Einheitsfront an die Wand zu drücken. Wir verstanden es nicht immer, die zynische Absage der Sozialdemokratie auszunutzen, um in den Massen eine Aufklärungskampagne über den Führerverrat zu leiten, die an Stelle des nackten, nicht überzeugenden Geschimpfes gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern gesetzt werden soll.

Bereits im EKKJ.-Brief an die KPD. wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, den ganzen Ton unserer Agitation gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern zu ändern. Diese Aufgabe muß internationalisiert werden. Das dringendste, wichtigste, naheliegendste, was wir jetzt zu tun haben, ist, die abstinentionistischen Stimmungen zu überwinden und an konkreten Erfahrungen die Hunderttausende aktiver Kommunisten aller Länder von der Möglichkeit dessen zu überzeugen, daß man sogar in einer teilweise „stabilisierten Epoche“ (bei einer Stagnierung des europäischen Kapitalismus) zu Massenparteien der Arbeiterklasse werden kann. Was ist z. B. allein die englische Erfahrung wert! Die kleine englische Partei von 7000 Mitgliedern führt ungefähr eine Million Arbeiter in den Gewerkschaften und findet eine solche Resonanz im Lande, wie keine der alten Parteien der englischen Arbeiterbewegung! Ist das nicht eine lehrreiche Lektion für die gesamten aktiven kommunistischen Genossen der Internationale? Die englischen Genossen haben gezeigt, was sogar eine numerisch kleine Partei tun kann, bei einer für sie objektiv günstigen Situation, wenn sie nicht aus den Gewerkschaften herauslaufen, wenn sie zur Bildung der Einheitsfront an ihre Kräfte glauben und nicht von vornherein über die möglichen Fehler jammern, wenn sie den festen Willen haben, in den Massen Wurzel zu fassen.

Ebenso lehrreich ist die Kampagne der KPD. zur entschädigungslosen Fürstenenteignung. Diese Kampagne ermöglichte es der KPD.: erstens, sich an die Spitze einer höchst volkstümlichen Massenbewegung zu stellen, zweitens, wie am Seil die SPD. nach sich zu schleppen, aber die Initiative der Bewegung in eigner Hand zu behalten, drittens, die Sympathien der Gewerkschaften, der parteilosen Arbeiter und der breiten Massen der durch die Inflation verarmten Bevölkerungsschichten zu gewinnen, viertens schließlich anschaulich zu zeigen, daß unsere Partei die einzige Partei ist, die ernsthaft gegen die monarchistische Gefahr kämpft.

Aber wenn diese neue Erfahrung ausgenutzt wird, wenn man mit aller Entschlossenheit gegen die abstentionistischen Stimmungen kämpft, darf man unter den konkreten Bedingungen die rechten Abweichungen vergessen? Mit nichten. Eben deshalb, weil der Kampf um die Amsterdamer Internationale eine sehr komplizierte Aufgabe ist, eine Aufgabe, wie wir sie nicht vor uns hatten seit dem Oktober 1917 und der deutschen Revolution 1918, deshalb, weil wir in der nächsten Zeit unseren Einfluß auf die Arbeitermassen zu Hunderttausenden werden bemessen können — eben deshalb kann zwecks größerer Annäherung an die Massen sich eine Tendenz der Anpassung an die rückständigen Arbeiterelemente, die sich um Amsterdam gruppieren, entstehen. Man darf nicht außer acht lassen, daß die Politik der Annäherung der kommunistischen Arbeiter an die sozialdemokratischen Arbeiter die notwendige, einzig denkbare Politik in den heutigen Verhältnissen, zu gleicher Zeit die Gefahr der Durchsickerung sozialdemokratischer Ideen in unserer Mitte birgt. Diese Gefahr erheben die Ultralinken zur Karikatur und drohen unsere ganze Kampagne zu untergraben. Sie leben vom Gedankengang der vorhergehenden Periode und stellen ein konservatives Element dar, das weder die neue Lage, noch die neuen Aufgaben begreift. Die Komintern wird weder mit den Rechten, noch mit den Ultralinken marschieren.

„Die Kaltblütigkeit und die Beharrlichkeit nicht verlieren“, schrieb Lenin vor fünf Jahren im erwähnten Brief an die KPD., **„systematisch die begangenen Fehler korrigieren; unentwegt die Mehrheit unter den Arbeitermassen, sowohl in den Gewerkschaften, wie außerhalb derselben erobern: geduldig eine feste, kluge kommunistische Partei aufbauen, die tatsächlich imstande wäre, die Massen zu führen bei allen und jeglichen Wendungen der Ereignisse; eine Strategie erarbeiten, die auf der Höhe der besten internationalen ... der „aufgeklärtesten“ fortschrittlichen Bourgeoisie stünde — ... zu tun, und das wird das deutsche Proletariat tun, und das ... ihm die Gewähr für den Sieg.“**

Dieses Gebot bleibt auch in Kraft für das gesamte Welt... im Moment des Zusammentretens der Erweiterten Exekutive.

„Volksblatt“-Aufregung über Ueberstunden in der Produktiv

Ein allzu durchsichtiges Manöver

Zu dem Artikel im „Volksblatt“ betreffend die Ueberstunden im Betriebe der Produktiv-Genossenschaft wird uns von geschäftlicher Seite mitgeteilt:

Einige Ueberstunden waren infolge des Parteiauftrages ... schüre „Keinen Pfennig den Fürsten“, Auflage 300 000 Stück ... wendig. Soweit unser Platz es zuließ, haben wir auch Hilfs... eingestellt. Die Hälfte der Auflage waren wir gezwungen ... Großbuchbinderei Friedrich zu übergeben, um die Fertigstellung ... dem festgelegten Termine zu ermöglichen. Unseres Wissens ... haben auch die SPD.-Betriebe für die Fürstenabfindungskampagne ... hohe Druckaufträge herzustellen, so daß sich auch in diesen Betrieben ... infolge dieser Aufträge Ueberstunden geleistet werden müssen ... ist anzunehmen, daß die Druckerei auf dem Harz keinen Auftrag ... und aus ihren Zeilen daher ein gewisser Neid spricht. Auch ... wir der Meinung, daß das „Volksblatt“ genau im Bilde ... die Ueberstunden nur dieses Parteiauftrags wegen geleistet werden ... müssen. Es liegt vollkommen in der Linie der SPD., ... sie jetzt darüber wettert. Stellt dies doch auch nur eine neue ... tage in der Fürstenabfindungskampagne dar. Im übrigen ... weisen wir auf die im „Klassenkampf“ erschienenen Artikel über ... Sabotage der SPD.-Druckereien bei Herstellung von Druck... in der Fürstenkampagne. Bemerkenswert ist noch, daß wir ... diesen großen Auftrag erstens selbst Leute eingestellt und die ... buchbinderei Friedrich ihre Leute halten resp. beschäftigen ...

Die Darlegungen im „Volksblatt“ erinnern an die Denunziation ... derselben SPD.-Leute von 1921 an die Polizei, wo es sich ebenfalls ... um einen großen Parteiauftrag handelte, der von der Genossen... schaftsbuchdruckerei für die USPD. hergestellt worden ist ... Erfolg war, daß der technische Leiter wegen zu hoher Ueberschreitung ... der Arbeitszeit eine Bestrafung erhielt. Sollte die SPD. ... wieder bezwecken, so dürfte sie diesmal wenig Schwein haben.

Mieter für eine proletarische Einheitsfront

Essen. In einer öffentlichen Versammlung des Reichsbundes deutscher Mieter wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung von der Leitung der Ortsgruppe Essen die sofortige Anbahnung **einer einheitlichen Kampfbasis mit den politischen Arbeiterorganisationen und allen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen** gegen den vorliegenden Gesetzentwurf zur Abänderung des Mieterschutzes gefordert. — Eine ähnliche Entschließung nahm die Hauptdelegiertenversammlung des Mietervereins **Gelsenkirchen** an.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Alle Zellenobleute und Zellengruppenleiter holen heute, Montag, den 22. Februar, von 5 Uhr an Material vom Ortsbureau.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Groß-Kayna. Mitgliederversammlung Montag, 22. Februar, abends 8 Uhr, beim Genossen Schiller. Alle Mitglieder müssen erscheinen

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Delitzsch. Mitgliederversammlung Mittwoch, den 24. Februar, abends 7¾ Uhr, im „Lindenhof“. Thema: Unsere Märzaufgaben.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dienstag beteiligen sich alle Genossen am Soermus-Konzert. **Karten sind zu haben** bei den Funktionären der Proletarischen Tribüne.
Dienstag abend 6 Uhr treffen sich alle erwerbslosen **Genossen in der Produktiv.**
Donnerstag ½8 Uhr in der Produktiv Arbeitsabend für alle Zehnerführer.
Donnerstag 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft **Treffen aller Genossen, welche** die Fortbildungsschule besuchen.
Donnerstag ½8 Uhr in der Jugendherberge Musikübungsstunde.
Freitag Gruppenabende. Gruppe Süd ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft. Gruppe Nord ½8 Uhr im „Volkspark“. Jeder Genosse muß an den Gruppenveranstaltungen teilnehmen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mittwoch, 24. Februar, abends ½8 Uhr, in „Stadt Leipzig“ Versamml. 1. Bericht von der Bezirkskonferenz. 2. Sonstiges.
Lützen. Jeden Mittwoch im „Bürgergarten“ Gruppenabend.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Dienstag, 23. Febr., abends 8 Uhr, im Jugendheim Unterhaltungsabend.
Kelbra. Dienstag, 23. Februar, abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle“ Mitgliederversammlung. Bericht von der Bezirkskonferenz.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Montag, ½8 Uhr, im „Pichelsteiner Krug“ Funktionärsitzung. Jeder muß erscheinen. Bericht von der Bezirkskonferenz.
Weißenfels. Donnerstag, den 25. Februar, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung.
Zeitz. Dienstag, 23. Februar, im Jugendheim Bericht von der Bezirkskonferenz.
Unterbezirkskonferenz am Sonntag, dem 28. Februar, vormittags 10 Uhr, in Teuchern im „Grünen Baum“. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Versammlungen der Roten Hilfe

Piesteritz. Montag, 22. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.
Dürrenberg. Dienstag, 23. Februar, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung.
Piesteritz. Heute abend 8 Uhr „Schützenhaus“ Kleinwittenberg Mitgliederversamml.
Dürrenberg. Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung.
Crossen. Mittwoch, 24. Februar, abends 8 Uhr, b. Gen. Dusi Mitgliederversamml.
Ammendorf. Donnerstag, 25. Febr., abends 8 Uhr, in der „Burg“ Funktionärsitzung.
Zeitz. Freitag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.
Zwintschöna. Sonnabend, 27. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Horn Gründungsversammlung.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Alle Beschwerden über unregelmäßige Kassierung der Einzelmitglieder sind mündlich oder schriftlich an Frau Bullmann, Georgstraße 11 I, zu richten.
Halle. Heute, Montag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, Zusammenkunft aller Mitarbeiterinnen für die Nähstube d. IAH. in der Johannesschule, Liebenauer Straße.
Ammendorf. Dienstag, 23. Februar, 7 Uhr, im „Elstertal“ Mitgliederversammlung.

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Kameraden, besucht den Film: Sein Mahnruf!

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 5 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Mitgliedskarten und Karteischeine sind sofort einzusenden.

Geldeinzahlungen auf das alte Postscheckkonto Artur Brandt dürfen auf keinen Fall mehr stattfinden, sondern bis auf weiteres per Postanweisung an Paul Döschner, Halle a. d. S., Gr. Klausstraße 10, desgleichen sämtliche anderen Postsendungen.

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden, deren Zeit es gestattet, beteiligen sich am Montag an der Beerdigung des verstorbenen Kameraden Rüher. Antreten nachmittags 4 Uhr „Lindenhof“, Kröllwitz. Spielleute mit Instrumenten.
Fahrscheine für die Fahrt nach Teutschenthal sind zum Preise von 70 Pfennigen bei den zuständigen Bezirksführern zu haben. Schluß der Geldeinzahlung 28. Februar.
Ortsvorstand, Werbebezirks- und Abteilungsführer. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ Sitzung.
Abteilungsführer. Montag, 22. Februar, von 7 bis 9 Uhr abends, **Abrechnung im „Volkspark“**, nicht in der „Goldenen Kette“.
Bezirk 1 (Osten). Montag, 22. Februar, abends 8 Uhr, bei Lohse, Dessauer Straße, Funktionärsitzung.
Bezirk 5 (Zentrum). Montag, 22. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ Funktionärsitzung.
Abteilung 20. Montag, 22. Februar, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“ Abteilungsversammlung.

Jungfront

Fahrscheine nach Teutschenthal bei den Abteilungsführern.
Achtung, Erwerbslose. Montag, 22. Februar, nachmittags 4 Uhr, wird zum Preise von 20 Pfennigen der Film „Sein Mahnruf“ vorgeführt.
Abrechnung Montag, 22. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspark“. Alle Bezirksführer müssen erscheinen.

Untergau Saalkreis

Alle Ortsgruppen, die zur Fahrt nach Teutschenthal sich der Ortsgruppe Halle anschließen wollen, müssen die Zahl der mitfahrenden Kameraden bis spätestens Mittwoch, 24. Februar, bei der Gauleitung melden. Alles weitere dann schriftlich.

Untergau Eilenburg

Eilenburg. Mittwoch, 24. Februar, abends 8 Uhr, in der Veranda der „Stadthalle“ Mitgliederversammlung. Bücher mitbringen.

Untergau Bitterfeld

Roitzsch. Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Jungfront. Dienstag, den 23. Februar, Funktionärsitzung. Treffen ½8 Uhr Rosalskyweg.
Weißenfels. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Antreten 7 Uhr Rosalskyweg. Referent: Rußland-Delegierter Kamerad Schettich spricht über seine Eindrücke in Rußland. Gäste haben Zutritt.
Langendorf. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, bei Lorbeer Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Kriegspolitik der Gewerkschaften.

Untergau Zeitz

Nasberg. Sämtliche Funktionäre Dienstag, 23. Februar, abends 8 Uhr, Sitzung beim Kamerad Engelmann.
Zeitz. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, in der „Herberge“ Versammlung der Jungfront.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

---

Stadt-Theater
Dienstag 7½ Uhr
Gabe Gottes
Hauptrolle: Durra
Mittwoch 8 Uhr
Verkaufte Braut
Donnerstag 8 Uhr
„Judith“
Gastsp. Maria Fein

Walhalla
Dir. Paul Mütgen
Tel. 8385
Pünktlich 8 Uhr
Das große Varieté-Programm mit Breitbart

Zahnpraxis Zimmermann, Riebeckplatz Tel. 4830 Zahlungs erleichterung

Bekanntmachung

Die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung lade ich zu einer Sitzung auf **Donnerstag, 25. Februar 1926, nachmittags 5 Uhr** nach dem Stadtverordneten-Sitzungssaale hierdurch ergebenst ein *645

Tagesordnung:
1. Feststellung der Haushaltspläne der Stadtverwaltung für das Rechnungsjahr 1926
2. Festsetzung der Zuschläge zu den Realsteuern zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages des Haushalts der Kämmereikasse f. Rechnungsjahr 1926
3. Festsetzung der Hundesteuer für 1926
4. Notstandsarbeiten

Zeitz, 22. Februar 1926
Der Stadtverordnetenvorsteher
Goldstein

Ehrenerklärung

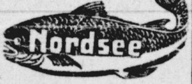
Die gegen Frau **Martha Pilarcewitz** getane Aeußerung nehme ich bereuend zurück 192
H. A.

Alle Bücher empfehlen die **Buchhandlungen** Harz 42/44 Lerchenfeldstr. 14

Trauerbriefe und -Karten
liefert sofort die Druckerei der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14 Fernruf 1045, 1047, 2251

Willst du dir und ihr was bieten und habt ihr Durst
Spart durch **Perladin** und nicht mit Wurst 31
(Die neue kleine Dose Nr. 66 kostet **10 Pf.**)

Kolossal billig!
Seefische Friedenspreis
Nur infolge Riesenfängen unserer Dampferflotte so billig. Aus frisch eingetroffenem Kühlwaggon. Preise nur für Dienstag



Gr. Ulrichstraße 58
Deutschlands größte Fischerei u. Handel

Seelachs ohne Kopf, echt. Nordsee ℔	19 ₰
Kabeljau o. Kopf groß, fett, zart . . . . ℔	22 ₰
Karbonaden vollständig bratfertig . ℔	35 ₰

651 Ferner:

Große grüne Heringe . . . . ℔	17 ₰
Mittlere Schwedenheringe . . . . ℔	25 ₰

Ferner sehr billig:

ff. geräuchert. Seelachs . . . . ℔	50 ₰
Kieler Sprotten . . . . Kiste	65 ₰

ausgewogen ½ Pfund 35 ₰

Bekanntmachung

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird hierdurch auf Grund des § 18 ff. des Reichsviehseuchen-Gesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten folgendes bestimmt:

§ 1. Nachdem der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des Landwirts Robert Spiske, hier, amtstierärztlich festgestellt worden ist, wird aus dem Grundstück Magdeburger Str. 7/8 ein Sperrbezirk gebildet

§ 2. Für den Sperrbezirk treten die Bestimmungen der §§ 1 bis 6 der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 23. Dezbr. 1924 (Regierungsamtsblatt 1925, S. 1) sofort in Kraft

§ 3. Ein Schutzgebiet im Sinne des § 7 der angezogenen viehseuchenpolizeilichen Anordnung ist bereits durch unsere viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 15. Dezember 1925 gebildet

§ 4. Zuwiderhandlungen werden nach §§ 74—76 des Reichsviehseuchen-Gesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519 ff.) bestraft

Eisleben, den 19. Februar 1926
Die Polizei-Verwaltung
*647 **J. V.: Waltsgott**

Zeitungsträger
für **Esperstedt** sofort gesucht
Meldungen bei Max Wagenknecht, Ober-Esperstedt

Habe mich in Halle ... **Spezialist für manuelle Massage** aller Art **Südstr. 52 (Erdgesch...)** niedergelassen **Max Kertzsche...** ärztlich geprüfter Masseur

Zuverlässiger Zeitungsträger
für **Lösau** gesucht. Zu ... beim Genossen **Gustav ...**

Nachruf

Am 19. Februar, ½8 Uhr ..., starb nach längerem Kranken... unser lieber Kegelbruder und ... begründer des Vereins

Gustav Schmu...

im Alter von 26 Jahren
Seit Bestehen des Vereins ... er denselben in unermüdlicher ... und Treue angehört
Wir werden seiner in ... gedenken
Arb.-Kegelklub Eini...
643 **Groitzsch**

Am 19. Februar, abends 8 ... verstarb nach langem Kranken... an der Proletarierkrankheit ... Sportgenosse

Gustav Schmu...

in Groitzsch bei Teicha
Der Bezirk verliert in ihm ... seiner Besten
Wir rufen ihm ein letztes ... „Holz“ nach
Halle, den 21. Februar ...
Bezirk Halle des Deutschen Arb. Kegler-...

Todesanzeige

Am 21. Februar 1926, ... 7 Uhr, starb nach langem, ... Leiden unsere liebe ... Schwester, Schwägerin und ...

Emma Schu...

im blühenden Alter von ... Jahren
Dies zeigen schmerzerfüllt ...
Die tieftrauernden ... und Geschwister
Die Beerdigung findet ... den 24. Februar 1926, ... 8 Uhr, von der Kapelle des ... Friedhofes Merseburg ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260222-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Achtung, Erwerbslose des Saalkreises!

Am Donnerstag, dem 25. Februar 1926, findet vormittags 10 Uhr im „Volkspark", Halle, Burgstraße, eine Konferenz der Erwerbslosen des Saalkreises statt. Wir erwarten von den Erwerbslosen, da sehr wichtige Tagesordnung besteht, zahlreiches Erscheinen.

Kreiserwerbslosenrat.

Bezirkskonferenz der Jugend

Gestern tagte im kleinen Volksparksaal die Bezirkskonferenz der Jugend. Es waren im ganzen 23 Ortsgruppen des Bezirks mit Delegierten vertreten. Eine größere Anzahl von Ortsgruppen hatte wegen geldlicher Schwierigkeiten keine Delegierten senden können.

Nach den Begrüßungsreden des Vertreters der Partei, des Vertreters der Gauleitung der roten Jungfront und eines Vertreters des Jung-Spartakus-Bundes, ergriff der Genosse **Arno von der Zentrale** zu einem längeren politischen Referat das Wort. Er zeigte an Hand eines umfangreichen Materials die Ursachen der heutigen Krise auf und bewies, daß diese Krise, aus der Verengerung des Absatzgebietes entstanden, eine Dauerkrise sei, die **nicht** den Keim zu ihrer Ueberwindung in sich trage. Besonders klar wies er nach, wie die Nationalisierungsoffensive, die augenblicklich mit aller Macht **vom deutschen Kapitalismus betrieben wird**, eine Verschärfung und keine Milderung der Krise nach sich ziehen müsse. Diese ökonomische Lage sei für die arbeitende Jugend von entscheidender Bedeutung. Gerade die Arbeitslosigkeit innerhalb der Jugend sei besonders groß und werde sich zu einer Dauererscheinung gestalten. **Die aufgezeigte Perspektive sei politisch günstig für eine Sammlung aller Werktätigen,** besonders auch der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen **gegen das kapitalistische System.** Die Organisierung, die Festigung, der Ausbau der Kommunistischen Jugend könne und müsse **bei geschickter Arbeit von großem Erfolg** begleitet sein. Lediglich durch den Ausbau der eigenen Organisation werde man imstande sein, die Massen der noch indifferenten jugendlichen Arbeiter zu führen. Mit einem Appell zur verstärkten Arbeit schloß der Vertreter der Zentrale der Jugend.

Nach den Ausführungen des politischen Referats schloß sich eine Diskussion an, an der sich fast alle Delegierten beteiligten.

Nach der Mittagspause erstattete der Bezirkssekretär der Jugend, Genosse **Knittel**, den Bericht der Bezirksleitung und den Organisationsbericht. Er ging vor allem auf die Jugenddelegation nach Sowjet-Rußland ein und kritisierte selbst, daß die Organisierung der Kampagne im hiesigen Bezirk nicht befriedigend gewesen sei, besonders wenn man Resultate und Erfolge anderer Bezirke mit denen des Bezirks Halle-Merseburg vergleicht. Obwohl in anderen Bezirken eine gute Aufwärtsbewegung zu verzeichnen sei, hapere die Aufwärtsbewegung im Bezirk Halle-Merseburg, es sei eine Stagnation eingetreten.

In der Diskussion wurde ebenfalls zum Teil starke Kritik an der bisherigen Bezirksleitung der Jugend geübt.

Der bisherige provisorische Bezirkssekretär der Jugend wurde mit gegen 14 Stimmen gewählt. Mit dem Appell zu neuer und reger Arbeit, mit dem Gesang der Internationale wurde abends um 6 Uhr die Bezirkskonferenz der Jugend geschlossen.

Der Abfindungsskandal und die Stimmung auf dem Lande

(Vom Arbeiterkorrespondenten C. W.)

Schon seit geraumer Zeit führt die **Kommunistische Partei** einen erbitterlichen Kampf gegen einen unerhörten Skandal, den geplanten **Anschlag der abgehalfterten Fürsten** auf die Taschen der werktätigen Masse. Dieses Geschmeiß verlangt nicht nur Millionen und Milliarden für sich und ihre Familien, sondern auch ihre Mätressen, ihre damaligen Huren, sollen abgefunden werden. Teilweise haben sie mit Hilfe der Klassenjustiz bereits Erfolg gehabt. Durch dem energischen Vorgehen der Kommunisten ist dem nun vorläufig ein Riegel vorgeschoben worden, indem diese ein Sperrgesetz im Reichstag einbrachten, das jede weitere Aushändigung von deutschem Volksvermögen an das Fürstengesindel vorläufig verbietet. Das Sperrgesetz ist vom Reichstag angenommen worden, und damit ruhen zunächst alle Prozesse der Exfürsten, die bei der bürgerlichen Justiz anhängig gemacht sind, bis eine anderweitige Regelung der Abfindungsangelegenheit erfolgt ist.

Die Kommunistische Partei hat aber auch erreicht, daß zwischen ADGB., SPD. und KPD. eine gemeinsame Aktion zustande kam. Es wurde, nachdem die KPD. zunächst selbst einen solchen Gesetzentwurf eingereicht hatte, ein **gemeinsamer Gesetzentwurf der KPD.** und SPD. bei der Regierung eingereicht, der jede Abfindung der Fürsten verbietet und einen

Volksentscheid über entschädigungslose Enteignung dieser Gesellschaft

fordert. Die Regierung hat dem Antrage stattgeben müssen und es ist bereits amtlich gemeldet, daß die Listen zum Volksbegehren vom 4. bis 17. März in den Gemeinden ausgelegt werden. Nun muß jeder mithelfen, damit Volksbegehren und Volksentscheid siegreich durchgeführt werden können.

Keinen Pfennig dieser Fürstengesellschaft, die uns diesen „herrlichen Zeiten" entgegengeführt hat, in der wir uns jetzt befinden. So ist auch die **Stimmung, die man vielfach auf dem Lande antrifft.** Viele Landwirte erklären frei und offen: Man läßt sich ja etwas gefallen, aber eine **solche Frechheit von ehemaligen Fürsten, die in unseren Augen nur Deserteure sind, machen wir nicht mit!** Diese Gesellschaft verlangt Abermillionen von unserem darniederliegenden Volke, das unter den Lasten von Dawes sowieso fast zusammenbricht. Weiter wurde uns erklärt: Wir haben bisher die Kommunistische Partei **als etwas** ganz anderes betrachtet, als sie ist, denn sie ist uns als Hetz-, Räuber- und Mordbande verschrien worden. Aber wir sehen langsam ein, daß die Kommunistische Partei **doch** nur das Beste für das deutsche arbeitende Volk will, und wir gewinnen allmählich Zutrauen zu dieser Partei. Wir wollen auch ihren Kampf in der Abfindungsfrage tatkräftig unterstützen.

Also her mit dem Volksentscheid!

So denkt man auf dem Lande, und es ist Tatsache, daß man unsere Genossen schon oft nach Einzeichnungslisten gefragt hat.

Wir sehen also, wie bis in die finstersten Ecken die kommunistische Idee leuchtet, und die Genossen müssen in den nächsten Wochen fleißig arbeiten, um diese Stimmung auf dem Lande auszunützen, nicht nur in dem Sinne, den Volksentscheid siegreich durchzuführen, sondern auch, um den kommunistischen Gedanken auf dem Lande immer weiter auszubreiten und unsere Organisation dort fester zu verankern.

Genossen, heran an die **Arbeit, die Früchte sind es wert!**

Betriebsstörung bei der Straßenbahn

Am 22. Februar gegen 6.40 Uhr vormittags entstand auf dem Marktplatz durch Reißen eines Oberleitungsdrahtes eine Betriebsstörung der elektrischen Straßenbahn von ½stündiger Dauer. Der herabfallende Draht fiel auf einen vorüberfahrenden Personenkraftwagen, wodurch die rechte Seitenscheibe am Führersitz desselben beschädigt wurde. **Personen sind nicht zu Schaden gekommen.**

Die rote Front im schwarzen Geiseltal

Am gestrigen Sonntag unternahmen Propagandazüge des RFB. und der KPD. aus den Orten **Merseburg, Leuna, Frankleben, Neumark, Mücheln, Dürrenberg und Goddula** einen **roten Aufmarsch in das schwarze Geiseltal.** Wohl zum ersten Mal seit 1921 wurden Orte berührt, die Hochburg der gelben **Werksgemeinschaft und der vom Grubenkapital ausgehaltenen Knappenvereine sind. Der rote Aufmarsch, an dem sich etwa 1000 Kameraden und Genossen beteiligten, unter Mitführung von zahlreichen roten Fahnen, Plakaten und Frontkämpferkapellen,** kann als der

erste gelungene Durchbruch in diese gelbe Front

bezeichnet werden. Vielen Stahlhelmern, gelben Werkgemeinschaftern und ähnlichen Leuten, die bis jetzt die Arbeiter im Geiseltal durch wirtschaftlichen Zwang in die Reihen der Gelben hineingezwungen haben, konnte man die Wut von den Gesichtern ablesen, als der wuchtige Aufmarsch in den verschiedensten Orten des Geiseltales von den Bewohnern der betreffenden Orte sichtlich sympathisch begrüßt wurde.

Der Aufmarsch selbst vollzog sich in der Weise, daß die einzelnen Propagandazüge von drei Seiten her mit dem Treffpunkt des Ortes Frankleben anrückten. Nach einer Versammlung auf öffentlichem Platz in Frankleben marschierte man über Runstedt auf Richtung Groß-Kayna. Hier erfolgte wiederum auf einem freien Platz eine öffentliche Ansprache an die aus den Elendsbaracken der Werksgewaltigen herbeiströmenden Proleten. Der Redner brachte zum Ausdruck, daß die Kommunisten und die roten Frontkämpfer gekommen wären, um ihre **Solidarität** mit den Einwohnern von Groß-Kayna, die durchweg ausgebeutete Arbeiter sind, zum Ausdruck zu bringen. Nach einer gebührenden Stäubung der gelben Werksgemeinschaften und der faschistischen Methoden der Werksgewaltigen und der Stahlhelmführer rief der Redner **gegen die frechen Forderungen der Fürsten für Beteiligung am Volksbegehren vom 4. bis 17. März** auf und schloß mit der Aufforderung zur Bildung einer einheitlichen roten Front aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Von Groß-Kayna ging es weiter nach Braunsdorf, wo wiederum ein wirkungsvoller Aufmarsch sich auf der Straße einer Arbeiterkolonie vollzog. Wiederum wandte sich ein Redner an die von allen Seiten zusammenströmenden Einwohner, Schluß zu **machen mit den gelben Verbänden und endlich die Arbeiterfront zu bilden.** Der Redner entrollte vor den aufmerksam Zuhörenden, **die wohl zum ersten Mal** in solcher Form eine solche Versammlung erlebten, **die Lage der Arbeiter,** Angestellten und Beamten im Geiseltal. **Er wies hin** auf die vor kurzem stattgefundenen Reichswehrmanöver in dem Gebiet, die in Wirklichkeit der „roten Gefahr" gegolten haben. **Er geißelte die Methode der Unternehmer,** nicht zum wenigsten auch durch das Mittel von Werkswohnungen zwangsmäßig **die werktätige Bevölkerung** zu willenlosen Werkzeugen in der Hand des Kapitals zu machen. Manche zustimmende Aeußerung zeigte, auf wie fruchtbaren Boden die kommunistischen Ausführungen fielen.

Von Braunsdorf aus teilte sich der Zug, indem der eine Teil nach Bedra, Neumark marschierte, und der zweite den Marsch auf Richtung Körbisdorf antrat.

Besonders wirkungsvoll war der Propagandazug mit seiner Methode der Inszenierung von Versammlungen auf öffentlicher Straße gegenüber den **sozialdemokratischen Arbeitern.** Als ein Genosse in Braunsdorf einen Sozialdemokraten fragte, wie ihm denn der Aufmarsch gefalle, erwiderte der Betreffende:

„Es ist die höchste Zeit, daß Ihr gekommen seid!"

Dieser und die übrigen sozialdemokratischen Arbeiter haben sich durch die Praxis überzeugt, daß die Kommunisten und roten Frontkämpfer wirklich die **einzigen** sind, **die ernstlich den Kampf gegen die Gelben führen und um die Zurückgewinnung der verführten Proleten für eine einheitliche Arbeiterfront wirken, ganz im Gegensatz** zur SPD. und zum Reichsbanner, die einen solchen Propagandamarsch, wie der gestrige im Geiseltal, überhaupt nicht aufzubringen vermögen.

Einen ausgezeichneten Erfolg hatte vor allen Dingen auch der Vertrieb der Literatur. **Annähernd 1000 „Klassenkampf"-Exemplare und ebenfalls 1000 „Rot-Front"-Zeitungen, dazu unzählige Broschüren, wurden umgesetzt.**

Der Anfang im schwarzen Geiseltal ist gemacht. Es gilt nunmehr, diese ausgestreute Saat weiter zum Reifen zu bringen dadurch, daß man in diesem Gebiet wiederholt nachstößt, vor allen Dingen durch **Gründung von Ortsgruppen**, wo solche noch nicht bestehen. An einigen Stellen wurden ja Mitglieder gewonnen, so daß dort bereits die Gründung von Ortsgruppen und vor allem auch die **Gewinnung von „Klassenkampf"-Lesern** nur noch eine Frage der Zeit ist.

Des Rätsels Lösung:
Alles liest die „Arbeiter-Illustrierte"

Soermus-Konzert!

Es wird noch einmal auf das morgen Abend im „Volkspark" stattfindende Soermus-Konzert hingewiesen. Karten sind im Vorverkauf zu 1,20 Mk. zu haben. An der Abendkasse 1,50 Mk. **An Erwerbslose werden Karten ab 6 Uhr im Dachdeckerzimmer gegen Ausweis zum Preis von 50 Pfennig abgegeben.** Da hierzu nur eine beschränkte Anzahl Karten bereit gehalten werden, müssen sich die Erwerbslosen pünktlich einfinden. Die Verteilung geschieht gemeinsam mit dem Erwerbslosen-Ausschuß.

Es kursieren Gerüchte, nach denen Soermus in Kürze noch ein zweites Konzert zu volkstümlichen Preisen geben soll. Diese Gerüchte entsprechen nicht den Tatsachen. Die Unkosten sind derartig hoch, daß ein zweites Konzert nicht in Frage kommt. Niemand sollte es also versäumen, morgen abend den Kunstabend des russischen Geigenvirtuosen zu besuchen. Nachfolgend noch

Einige Pressestimmen über Soermus:

„Leipziger Volkszeitung" am 5. Januar 1925: „Sein technisches Können (die Paganini-Phantasie auf einer Saite war eine bestechende Meisterleistung) bleibt unbestritten und bei dem Russen fällt die Virtuosität mit einer geradezu organisch gegebenen Durchseelung zusammen."

„Der Abend" (Wien) am 15. Oktober 1925: „Wien hat sicher keine Darbietung erlebt, wobei das Herz in gleichem Maße auf seine Rechnung gekommen wäre."

„The New Leader" (London): „Dieser Russe scheint eine übernatürliche Anziehungskraft zu besitzen."

„Magdeburger General-Anzeiger" am 9. Januar 1926: „Ungewöhnliches Konzert des russischen Violinisten Soermus ... Nahezu 2000 Angehörige des werktätigen Volkes lauschten den beseligenden Klängen. Soermus zeigte sich im Besitze großen virtuostechnischen Könnens und wußte dem inhaltlich Musikalischen in seinem Vortrag reiche Möglichkeiten von oft bezwingender Eindruckskraft zu geben."

„Volksstimme" (Magdeburg) am 23. Januar 1926: „....... denn irgend etwas Fesselndes liegt in der Persönlichkeit und im Spiel dieses Moskauer Apostels: Ein zigeunerischer Zug, eine musikalische Regellosigkeit und Leidenschaft, die den romantischen Geigenstücken eines Paganini, Dvorak oder Wieniawski sehr entgegenkommen."

„Tribüne" (Magdeburg) am 23. Januar 1926: „Klage, Trauer, Jubel, Sturm, Kampf und Sieg! Das alles klang aus seiner Geige."

*** Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Am Dienstag, dem 23. Februar, abends 8 Uhr, findet im großen Volksparksaal ein Kunstabend des russischen Violin-Virtuosen Soermus statt. Wir bitten alle Mitglieder, soweit sie finanziell in der Lage sind, sich diesen Kunstabend nicht entgehen zu lassen. Karten im Vorverkauf 1,20 Mk., an der Abendkasse 1,50 Mk. sind zu haben im „Volkspark" und in der Buchhandlung Harz und Lerchenfeldstraße. Der Vorstand.**

Hallische Tageschronik

20 Millionen zuviel ....

Wie der Wunsch des Bürgertums erfüllt wird

Der Bauarbeiter Friedrich Aehle, Taubenstraße 8, wurde am Sonnabend ¾6 Uhr bei geöffnetem Gashahn in seiner Küche tot aufgefunden. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr, welche eine ¾ Stunde arbeitete, waren erfolglos. Grund zum Selbstmord dürfte sein, daß Aehle schon von vor Weihnachten arbeitslos war. Er hinterläßt Frau und vier Kinder im Alter von 3 bis 11 Jahren.

Weibliche Leiche gelandet

Am 19. Februar ist an der Saale am Hospitalgarten eine weibliche Leiche gelandet. Sie muß schon längere Zeit im Wasser gelegen haben. Die Person ist anscheinend noch sehr jugendlich, etwa 15 bis 20 Jahre, 1,50 Meter groß und hat dunkelbraunes Haar. Bekleidet war sie mit schwarzen halben Lackschuhen mit Agraffen, roten Strumpfbändern, weißem Beinkleid, weißleinenem Hemd, schwarzen wollenen Strümpfen, weißem Büstenhalter. Um den Hals der Leiche befand sich eine Elfenbeinkette. Mitteilungen über die Tote nimmt die Kriminaldirektion, Zimmer 116, entgegen.

Ein Kind aus dem Fenster gestürzt

Am 20. Februar, gegen 11,25 Uhr nachmittags, stürzte in der Großen Steinstraße ein 4½jähriges Kind in Abwesenheit der Mutter aus einem Fenster der im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung. Das Kind fiel auf den Bürgersteig. Anscheinend hat es außer einer Wunde am Unterkiefer keine weiteren Verletzungen erlitten. Das Kind wurde durch einen Polizeibeamten nach der Klinik gebracht.

*** Alle oppositionellen Baugewerksbund-Mitglieder treffen sich heute abend 5 Uhr zu einer wichtigen Besprechung im „Volkspark".**

Ammendorf

Erklärung. In einer Gerichtsverhandlung, welcher eine Schlägerei am 17. August 1925 zugrunde lag, wurde ich von der Staatsanwaltschaft als Zeuge geladen und als dem Wehrwolf angehörig bezeichnet. Da ich schon von verschiedenen Leuten darüber zur Rede gestellt wurde, stelle ich ausdrücklich fest, **daß ich noch nie dem Wehrwolf angehört habe** und auch noch nie mit Leuten, wie Gebrüder Klostermann usw., in der „Broihanschenke" verkehrt habe, denn mit Leuten, welche es sich zum Ziel gesetzt haben, die Arbeiterschaft zu bekämpfen, habe ich keine Gemeinschaft. gez. Herm. Knöspel.

Dölau

Auf den Film „Sein Mahnruf" wird hiermit nochmals die Arbeiterschaft von Dölau und Umgegend hingewiesen. Vorführungen Sonnabend, abends 8 Uhr, und Sonntag, nachmittags 3 und abends 8 Uhr. Sorgt für guten Besuch.

Bruckdorf

„Sein Mahnruf", der Großfilm des russischen Volkes, der die siegreiche Revolution von 1917 und den wirtschaftlichen Aufstieg Sowjet-Rußlands behandelt, wird am Dienstag, dem 23. Februar, in unserem Orte aufgeführt. Nicht nur die Arbeiter, auch der Mittelstand, die Kleinbauern, Lehrer, Beamte müssen sich durch Besuch des Films einen Einblick in die russischen Verhältnisse verschaffen.

Döllnitz

Die Internationale Arbeiterhilfe scheut keine Mühe, um den russischen Großfilm „Sein Mahnruf" auch den Bewohnern der entferntesten und kleinsten Orte vorzuführen. Diese anerkennenswerte Aufgabe muß durch einen starken Besuch belohnt werden. In unserem Orte wird der russische Großfilm, der die Revolution und den Aufstieg Sowjet-Rußlands behandelt, am Mittwoch, dem 24. Februar, vorgeführt. Die gesamte Einwohnerschaft ist dazu eingeladen.

Nietleben

„Sein Mahnruf". Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten wird nun auch unsere Einwohnerschaft den russischen Großfilm „Sein Mahnruf" am Dienstag, dem 23. Februar, kennen lernen. Ueberall, wo dieser proletarisch-revolutionäre Film aufgeführt wurde, waren die Säle und Kinos überfüllt. Die Arbeiterschaft von Nietleben wird nicht zurückstehen und ihre Sympathie für Sowjet-Rußland durch Besuch des Films zum Ausdruck bringen.

Verantwortlich: Otto Kilian, Halle, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: I. V.: Wilhelm Warnak, Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Betteinlagen, Windelhöschen, Sauger, Gummi-Bieder, Große Steinstraße

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260222-15/fragment/page=0005

Arbeiter-Sport

An alle proletarischen Sportorganisationen von Halle, die eine Kinderabteilung haben!

Am Dienstag, dem 23. Februar, abends ½8 Uhr, findet im „Volkspark" (Rauchzimmer) eine Sitzung aller proletarischen Kinderorganisationen, vom Jung-Spartakus-Bund einberufen, statt. Da in dieser Sitzung Maßnahmen gegen das Elend unter den Arbeiterkindern, besonders unter denen, deren Väter erwerbslos sind, beraten werden sollen, erwarten wir, daß alle in Frage kommenden Arbeiter-Sportorganisationen ihre Delegierten hierzu entsenden.

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle.

Arbeitsgemeinschaft für das Stadion

Die dem Arbeitersportkartell angeschlossenen Vereine und Verbände werden gebeten, ihre **Wünsche für die Benutzung des Stadions** zu Trainingszwecken oder zu turnerischen und sportlichen Veranstaltungen **bis spätestens 28. Februar** an Hädicke, Moritzzwinger 11, einzureichen.

Max Landermann.

Schweiz — Deutschland

Schon mehrere Jahre vor dem unseligen Weltkriege hatten deutsche und schweizerische Arbeitersportorganisationen leichte Fühlung genommen zwecks Gedanken- und Systemaustausches. Zur praktischen spieltechnischen Betätigung langte es aber noch nicht. Freundschaftliche Besuche der Turn- und Sportgenossen bei Bezirks- und Kreisfestlichkeiten waren die wenigen technischen Zusammenkünfte und bezogen sich hauptsächlich nur auf die naheliegenden Grenzgebiete. Erst später, nach dem Kriege, war es den Bemühungen der Bundesleitung gelungen, festere Beziehungen von Land zu Land zu schaffen. Die Fußballspieler regten sich und sind als Pioniere der Spielbewegung für die Schweiz, auch international, anzusprechen. Die Frankfurter Olympiade erhörtete die Beziehungen und — brachte auch die Begegnung der Schweizer und deutschen Länder-Handballmannschaft. Obwohl die Turnspielbewegung in dem Schweizer Land als sehr jung anzusprechen ist, so setzte doch die bestechende Spielweise der Schweizer alles in Erstaunen. Und so war es auch. Tausende Besucher der Olympiade waren Zeuge eines technisch hochstehenden Spieles und die Spielweise beider Mannschaften machte dem Arbeitersport alle Ehre.

Warum konnten die Schweizer gleichwertige, spielstarke Mannschaft ins Feld stellen? Die Besten des Landes wurden ausgesucht und mehrere Probespiele sorgten für eine auserwählte Plazierung jedes einzelnen und der Enderfolg war somit gesichert.

Wiederum befinden sich die Schweizer im Training der Landesmannschaft, um erneut im deutschen Lande Probe ihres Könnens abzulegen. Wollen wir uns zurückstellen? Nein! Auch wir erkennen, daß unsere Mannschaft mehrere Auswahlspiele absolvieren muß, wenn sie ein Paroli bieten will. Am 7. und 21. März in Leipzig spielt die deutsche Mannschaft vom Arbeiter- Turn- und Sportbund gegen die beste Städtemannschaft Leipzigs. Es wird sich dabei zeigen, ob die Auswahl die richtige ist oder durch andere Spieler ergänzt werden muß.

Die Spiele selbst (Karfreitag: Leipzig, 1. Osterfeiertag: Magdeburg, 2. Osterfeiertag: Halle) sollen nicht der Zweck, sondern Mittel zum Zweck sein. Wenn auch die Besten jedes Landes gestellt werden, so ist das eine unerläßliche technische Notwendigkeit. Die Veranstaltung an und für sich soll uns immer noch der Hauptzweck sein. Das Treffen beider Länder fördert weiter die in- und ausländischen Beziehungen der Arbeitersportler und letzten Endes dienen wir der Gesamtheit und tragen ein gewaltiges Stück zur Einheit und Verbrüderung der Arbeiterklasse bei.

M. S.

Box-Matinee in Halle

Wie bekannt, veranstaltet der Boxklub International ein großes **Box-Matinee** gegen den 1. Boxklub Jena. Boxklub International verfügt zurzeit über gute Boxer; ihm war es vor kurzem vergönnt, die Kreismeisterschaft gegen Achilles-Halle zu gewinnen, und zwar mit dem Resultat 11 : 3. Mithin ist es angebracht, die Kämpfer einzeln zu kritisieren.

Im Fliegengewicht startet Gustav Starke. Starke hat sich in der kurzen Zeit seines Trainings zu einem ehrgeizigen Boxer entwickelt. Sein ruhiges, sicheres und technisches Angehen wird ihn sicher zu einem Siege verhelfen. Dann folgt im Bantamgewicht Kurt Steinbrecher. Von ihm ist ja noch nicht viel zu berichten, da er sich erst kurze Zeit im Training befindet, er entpuppt sich aber als ein harter und schneller Boxer. Als zweites Bantamgewicht geht Karl Gutsche in den Ring. Gutsche ist durch jahrelanges, eifriges Training mit zu Deutschlands bester Klasse geworden; er ist ein schneller und technischer Boxer. Gutsche konnte in allen Teilen Deutschlands als Sieger hervorgehen. Er wird einen der interessantesten Kämpfe liefern; wir sehen in ihm den Sieger. Dann folgt Halles bestes Federgewicht Otto Hinke. Trotz seiner Jugend hat sich Hinke so hochgearbeitet, daß er noch ein hartes Wort in der Federgewichtsklasse mitredet. Auch er wird bestrebt sein, den Sieg an sich zu reißen. Im Weltergewicht kämpft für Halle Karl Sander. Auch er gehört mit zu Deutschlands bester Klasse; in seinen vielen Kämpfen erhielt er nur drei Niederlagen. Sander führt stets einen überlegten Kampf. Sein unermüdliches Angriffs-System wird ihm den Sieg sicherstellen. Das Mittelgewicht verteidigt Anton Breted. Durch sein zähes und hartes Kämpfen wird er seinen Gegner viel zu schaffen machen. Als letzter Kampf im Halbschwergewicht wird Arno Happe seinen Verein zu verteidigen wissen. Happe ist ein noch junger Boxer, er ist schnell und hart und verfügt über technisch überlegtes Können.

Alle Sportinteressenten treffen sich am Sonntag, dem 28. Februar, vormittags 11 Uhr im „Deutschen Gesellschaftshaus", Leipziger Straße, zum großen

Box-Matinee

Jena (1. Box-Klub) **gegen Halle** (International)

Anfang 11 Uhr vormittags.

Die Kämpfe werden eingeleitet durch zwei hallische Paare. Von International ist es im Papiergewicht Hermann Wirth und im Fliegengewicht Hermann Sondershausen. Beide haben schon bewiesen, daß sie trotz ihrer Jugend gute Boxer sind. Sämtliche Kämpfe werden über fünf Runden ausgetragen. Wir ersuchen alle Sportinteressenten, die Vorverkaufsstellen zu benutzen, welche an den Plakaten ersichtlich sind. Auch sind Karten im Vorverkauf zu 50 Pf., 1 Mk. und 1,50 Mk. bei jedem Mitgliede erhältlich.

Fußball

Sportlust 1. — Leipzig-Kleinzschocher 1. 2 : 3

Sportlust veranstaltete einen großzügigen Propagandatag. Leipzig-Kleinzschocher war mit vier Mannschaften zu Gaste. Früh ½9 Uhr wurden die Sportgenossen unter Vorantritt des Fichte-Spielmannszuges vom Bahnhof abgeholt und nach dem Vereinslokal geleitet, woselbst sie würdig empfangen wurden.

Leipzig stellte eine sehr gute technische Mannschaft ins Feld, der sich Sportlust ebenbürtig zeigte. Beide Mannschaften haben durch schönes Spiel dem zahlreich erschienenen Publikum wirklichen Fußball gezeigt. Blendend war das Zuspiel. Halbzeit 1 : 2 für Halle.

Dem folgte die Jugend. Hier entwickelte sich ein scharfes, hartes Spiel. Sportlust Jugend muß sich der sehr guten Leipziger mit 0 : 4 beugen.

Im großen und ganzen können wir mit der Veranstaltung zufrieden sein, hat sie doch eine große Propaganda erweckt. Wir rufen hiermit nochmals unseren Leipzigern ein Wiedersehen in Leipzig zu. Dem Spielmannszug von Fichte sei an dieser Stelle gedankt.

Fichte 1. — Gröbers 1. 3 : 3 (3 : 2)

Gröbers gibt während der ganzen Spielzeit ein flottes Tempo an, findet sich aber schlecht zusammen. Nach 15 Minuten führt F. mit 3 : 0. Energisches Stürmerspiel verschafft Gröbers seine Erfolge. Gute Torgelegenheiten werden ausgelassen, beiderseits arbeiten die Torhüter mit viel Glück.

Viktoria 1. — Bruckdorf 1. 7 : 1 (4 : 1).
ASC. 1. — Sportbrüder 1. 4 : 0 (1 : 0).
Lettin 1. — Kröllwitz 1. 3 : 1.
Minerva 1. — Radewell 1. 4 : 3 (1 : 0).
Teutonia 1. — Diemitz 1. 3 : 1 (1 : 1).
Fichte 2. — Gröbers 2. 4 : 0 (2 : 0).
Viktoria 2. — Bruckdorf 2. 12 : 4.
ASC. 2. — Giebichenstein 2. 4 : 3 (1 : 1).
Lettin 2. — Kröllwitz 2. 0 : 0.
Minerva 2. — Radewell 2. 5 : 3.
Teutonia 2. — Askania 2. 0 : 4.
Viktoria 3. — Askania 3. 11 : 1.
ASC. 3. — Giebichenstein 3. 0 : 1 (0 : 0).

Trebnitz 1. — Bergisdorf 1. 6 : 10

Am Sonntag, dem 14. Februar, weilte Trebnitz 1. und 2. in Bergisdorf. Zuerst spielte die 2. gegen die gleiche von Bergisdorf. B. konnte das Resultat auf 6 : 0 stellen.

Handball

Sportlust 1. — Leipzig-Kleinzschocher 1. 1 : 1

Hier entwickelt sich ein gutes Spiel und hat die junge Handballelf von Sportlust auch gezeigt, daß sie gegen auswärtige Mannschaften antreten kann.

Schwimmer 1. — ASC. 1. 4 : 2 (2 : 0).
Minerva 1. — ASC. 2. 2 : 2 (1 : 1).
Wörmlitz 2. — Frisch auf Nietleben 5 : 0.
Othello Jugend — Askania Jugend 3 : 0.
Askania 2. — Schwimmer 2. 4 : 0.

Sportlerinnen

Sportlust — Leipzig-Kleinzschocher 1 : 2.
Schwimmer — Achilles 1 : 0.
Kröllwitz — ASC. 2 : 1 (1 : 0).

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe

Anläßlich des Länderspiels Deutschland — Schweiz, welches am 2. Osterfeiertag in Halle stattfindet, wird am 28. Februar auf dem Peißnitz-Platz 3 bis 4 Uhr ein Auswahlspiel der A- und B-Mannschaft (Städtemannschaft) ausgetragen. Die Mannschaften spielen in folgender Aufstellung:

A-Mannschaft: Haase, (Fichte), **Schubert** (Fichte), **Voigt 2** (Wörmlitz), **Heunig** (Schwimmer), **Schaaf** (Wörmlitz), **Künzer** (ASC.), **Diedering** (Schwimmer), **Lechner, Schellenbeck, Ridau, Herrmann** (Fichte).

B-Mannschaft: Wöhlmann 2 (Ammendorf), **Meinhardt** (Schwimmer), **Wöhlmann 1** (Ammendorf), **Nonne, Melde, Böhme** (Fichte), **Eckelmann** (Beesen), **Roiche** (Wörmlitz), **Roiche** (Ammendorf), **Wolf** (Othello), **O. Geißler** (Othello). **Ersatz: R. Hennig** (Schwimmer), **Hädicke 2** (Diemitz).

Die A-Mannschaft spielt im Diemitzer Dreß (weiß) und die B-Mannschaft Wörmlitzer Dreß (rot). Schwarze Hose ist mitzubringen. Schiedsrichter ist A. S[illegible] (Fichte, Halle). Linienrichter: **F. Bennewitz** (Ammendorf), **Wernicke** (Dölau) (ASC.), **Müller** (Fichte).

Vorher spielen die Sportlerinnen A- und B-Mannschaft ein Auswahlspiel [illegible] am 2. Osterfeiertag einer gleichwertigen Leipziger Städtemannschaft ihr Können beweisen. Die Mannschaften spielen in folgender Aufstellung:

A-Mannschaft: Diege (Minerva), M. Sonneberg (Sportlust), Paul (ASC.), Friedrich (Giebichenstein), Mai (ASC.), Köttig (Fichte), Mertens (Fichte), [illegible] (ASC.). Haase (Fichte), Stolze (Giebichenstein), Bachmann (Schwimmer), [illegible]

B-Mannschaft: Böhme (Kröllwitz), Baaich (Schwimmer), Kirchmann (Kröllwitz), Wiesner (Minerva), Wilsdorf 2 (Kröllwitz), L. Sonneberg (Sportlust), [illegible] (Kröllwitz). Ziesche (ASC.), Lösche (Kröllwitz), Rehnert (Sportlust), [illegible] (Fichte). Ersatz: Voschke (Schwimmer), Hunold (Kröllwitz). Die A-Mannschaft spielt im Sportlust-Dreß und die B-Mannschaft im Kröllwitzer Dreß. Schwarze Hose mitzubringen. Schiedsrichter hierzu ist P. Walter (Othello). Linienrichter: [illegible] (Diemitz), Rehnert (Sportlust), Schmidt (Minerva), Jänicke (Schwimmer). [illegible] stellt Othello, ASC., Kröllwitz. Sämtliche Spieler haben eine halbe Stunde vor Spielbeginn auf dem Platze zu erscheinen. Dringende Absage bis spätestens Mittwoch, den 24. Februar, an Sportgenossen Mosebach zu senden. Kassierer stellt Sportlust und ASC. Dieselben haben sich eine Stunde vor Spielbeginn auf dem [illegible] beim Sportgenossen Förster zu melden.

Wegen Vorkommnissen im Spiel Othello 1. — Fichte 2. wird der Sportgenosse P. Geißler (Othello) vom 22. Februar bis einschließlich 21. März disqualifiziert.

Wegen Nichteinsendens des Spielformulares wird Löbnitz 1. mit 1 Mark bestraft.

Die nächste Vollsitzung findet am 1. März im „Volkspark" statt. Da [illegible] Tagesordnung, hat alles pünktlich zu erscheinen.

J. A.: P. Walter.

Turner

Arbeiter-Turn- und Sportverein, Gruppe Weißenfels

Sonntag, den 28. Februar, Gruppenlehrstunde für Turner in Weißenfels (**Turnhalle der Oberrealschule**). **Beginn pünktlich 8½ Uhr vormittags.** Da das Uebungsmaterial für das Bezirksturnfest an die Vereine verausgabt und im [illegible] plan mit zur Erläuterung gelangt, ist es Pflicht jedes Vereins, vertreten zu sein. Auch alle Kampfrichter der Gruppe, welche mit Turnschuhen versehen sein müssen, haben zu erscheinen, da das Betreten mit Straßenschuhen nicht gestattet ist. Ferner laden wir sämtliche Sportler, Leichtathleten, Fußballer und Schwimmer zu einer gemeinsamen Besprechung in bezug des Frühjahrswaldlaufes ein, welche sich an demselben beteiligen wollen. Der Treffpunkt ist ebenfalls 9 Uhr vormittags in der Oberrealschule. Pünktliche sowie zahlreiche Beteiligung ist erwünscht, da eine Versendung des Materials nicht erfolgt.

O. Schäfer, Gruppenturnwart.

Kegler

Bezirk Halle

Am 19. Februar starb unser **Kegelbruder Gustav Schmuhl, Einigkeit Kroitsch**. Er war einer der ältesten und besten des Bezirks. Der Vorstand. J. A.: Otto [illegible]

Spiele vom 14. Februar

Gruppe 1. Dölau — Halle-Süd 2 : 0 kampflos.
Gruppe 2. Lieskau — Freie Kegelbrüder 2 : 0; Schiepzig — Freie Neune Halle [illegible]
Gruppe 3. Döllnitz — Freiheit Halle 0 : 2.
Gruppe 4. Mückenberg — Solidarität Halle 2 : 0 kampflos; Lettin — Freie [illegible] Halle 0 : 2.
Gruppe 5. Vorwärts Halle — Neumark 1 : 1.

Die Sportkommission. J. A.: Len[illegible]

Radio

Arbeiter-Radio-Klub Sangerhausen

Zwecks Gründung eines Radio-Klubs fand dieser Tage im Restaurant [illegible] eine Zusammenkunft statt, zu welcher sich mehrere Funkfreunde und Funkbastler eingefunden hatten. In einer längeren Aussprache wurden Zweck und Ziel des Arbeiter-Radio-Klubs dargelegt und anschließend die Gründung der Ortsgruppe Sangerhausen vorgenommen. Alsdann fand die Wahl des Vorsitzenden statt.

Vereinsmitteilungen

Arbeiter-Sportkartell Merseburg

Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, findet unsere **Kartellsitzung** [illegible] Sportgenossen Kipp, Saalstraße 6, statt. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Aufführung **des Films „Die neue Großmacht" von der 1.** Int. Arbeiter-Olympiade Frankfurt. 3. Reichs-Arbeiter-Sporttag am 13. Juni 1926. 4. Neuwahlen. 5. [illegible]liches. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht jedes Vereins, [illegible] Delegierten zu entsenden. (Natürlich solche, die auch Interesse und Arbeitsfreudigkeit mitbringen und mithelfen an dem weiteren Ausbau der Arbeitersportbewegung, das ist vor allem Grundbedingung.) Auch die Vereinsvorstände sind mit eingeladen.

Die angesetzte Sitzung vom Turnverein „Jahn" Merseburg findet deshalb nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im obigen Lokal [illegible]

Gruppe Zeitz. Ausschreiben zum Frühjahrswaldlauf am 7. März im Kni[illegible] Rasberg

Einzelkampf: Sportler 5000 Meter, Turner, Schwimmer, Fußballer 3000 Meter. Aeltere Klasse 1500 Meter. Mannschaftsläufe: Sportler 5000 Meter, [illegible] 3000 Meter. Jugend 2000 Meter, Kl. A 16 bis 18 J., Kl. B. 14 bis 16 J. [illegible]lerinnen 1000 Meter. Schüler und Schülerinnen 1000 Meter. 10×100 Meter Sportler über 18 Jahre. 10×100 Meter Jugend. 5×100 [illegible] Sportlerinnen. 10×100 Meter Schüler und Schülerinnen. Zum Schluß [illegible] Waldlauf. Jede Mannschaft besteht aus mindestens vier Läufern und muß geschlossen durchs Ziel gehen.

Meldungen müssen bis 1. März beim Unterzeichneten eingegangen sein.

Herm. Seidel, Zangenberg-Zeitz, Leipziger Straße [illegible]

TV. „Die Naturfreunde", Halle

Betrifft Ausstellung: Das Material der Ortsgruppe Halle muß zwecks einer Ausstellung am 28. Februar in der Jugendherberge schon am 27. Februar [illegible] geliefert sein.

Die Ausstellungsleitung.

Unsere Ortsgruppenveranstaltung am Mittwoch fällt diesmal aus.

Wir machen unsere Genossen darauf aufmerksam, daß die Vorverkaufskarten [illegible] Bürgel-Vortrag bis spätestens zum 3. März abgerechnet sein müssen. Genossen, bis dahin hat jeder mit ganzer Kraft für den Abend zu werben.

41

EJUS

Roman von Lawrence H. Desberry

(Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen)

(Schluß)

„Sie verrieten großes Interesse für die Hölleninsel, Herr O'Keefe", höhnte Henry Bright. „Sie sollen Sie noch genau kennen lernen."

Er wandte sich mit einem plötzlichen Wutausbruch an Benett und Ley:

„Ihr Idioten bringt selbst einen Spitzel auf die Insel, einen gottverdammten Roten! Bindet ihn! Ich werde mir noch überlegen, was mit ihm geschehen soll. In die Fabrik kann man ihn nicht schicken. Das beste wird sein, wir bringen ihn auf die andere Insel. Da kann er dann den Verrückten Hetzreden halten."

O'Keefe wehrte sich aus allen Kräften, aber die beiden Männer waren stärker als er. Der Millionär betrachtete das Ringen mit höhnischem Grinsen. Plötzlich wandte er den Kopf nach dem Fenster. Nun ertönte das Pfeifen grell und laut, brach ab, eine schrille, junge Stimme begann zu singen:

„Völker, hört die Signale."

„Tommy!" schrie O'Keefe.

Im gleichen Augenblick krachten draußen Schüsse. Lautes Geschrei erhob sich. Ley und Benett ließen den Reporter los, stürzten ans Fenster. Der Millionär rührte sich nicht. Er hielt die kalten, stechenden Augen auf O'Keefe geheftet, seine rechte Hand hob den Revolver, zielte auf die Brust des Reporters.

Da sprang eine Gestalt durch das ebenerdige Fenster, warf dabei Ley und Benett um, stürzte von hinten auf den Millionär, riß ihn vom Sessel hoch. Es war Tommy. Er brüllte: „Leute, kommt her! Da ist der Verbrecher, der Mörder, der Mann, der Euch alles geraubt hat! Da ist der Herr der Insel, Henry Bright!"

Draußen vor der weißen Villa tobte die Menge. In ihrer Wut brandete sie gegen die Mauer wie das Meer. Tommy trat ans Fenster und stieß den Millionär in die wogende Menschenflut hinaus. Aus tausend Mündern erscholl der Schrei: „Henry Bright!" Zorn, Haß, Rache, Gerechtigkeit schrien den Namen in die Nacht hinaus, den Namen des Mörders: „Henry Bright!"

Ley hatte sich von seiner Bestürzung erholt. Er riß den Revolver heraus, hob die Hand. Aber Mariposa, die Tommy gefolgt war, stürzte vor und stieß ihm das Messer ins Herz.

Benett verkroch sich unter das Sofa.

Ein furchtbarer Knall ließ die Erde erzittern. Dann noch einer, und noch einer.

An der Stelle, wo die Fabrik stand, schossen rote, riesenhafte Flammen zum Himmel auf.

*

Es war eine schauerliche Nacht. Der Kampf mit den Wachen währte bis zum Morgen. Die Wahnsinnigen auf der anderen Insel erschraken vor der rasch um sich greifenden Feuersbrunst, schrien und winselten laut, wie sterbende Tiere.

Als der Morgen graute, hatten die Arbeiter gesiegt. Die Fabrik war nur noch ein rauchender Trümmerhaufen. Im Garten der weißen Villa lag ein totes, zerfetztes Etwas, das einmal der reichste Mann des reichsten Landes gewesen war.

Tommy starrte düster auf dieses Etwas nieder.

„Wäre das früher geschehen, so lebte Harvey noch. Ich hätte ihn doch selbst töten müssen."

„Nein, Tommy", entgegnete O'Keefe tiefernst. „Es ist besser so. Er wurde gerichtet, nicht ermordet. Keine einzelne Hand hat ihn getötet, der gerechte, heilige Zorn der Masse sprach das Urteil und vollzog es."

Tommy trat an ein Blumenbeet, auf dem eine schlanke, weißgekleidete Gestalt regungslos lag. Der einstige Taschendieb wischte sich verstohlen die Augen.

„Arme, kleine Mariposa", sagte er. „Ich sagte ihr doch, daß man nicht mit einem Messer gegen Flinten vorgehen kann. Sie war eine Pazifistin."

Trotz allem Ernst mußte O'Keefe lächeln. Dann wurde er wieder ernst.

„Tommy", sprach er, „wir haben unter unseren Leuten zwei Steuermänner, so daß wir die Schiffe lenken können. Zum Glück sind die meisten Matrosen zu uns übergegangen. Wir wollen nach Barbados fahren. Dort befinden wir uns auf britischem Boden. Ich werde mit dem nächsten Schiff nach England zurückkehren. Willst Du mit mir kommen, Tommy?" O'Keefes Stimme wurde weich, als er fortfuhr: „Harvey kann ich Dir freilich nicht ersetzen, aber ein guter Freund will ich Dir dennoch sein und wir können gemeinsam daran arbeiten, die Hölleninseln der Welt zu säubern. Willst Du, Tommy?"

Der einstige Taschendieb nickte.

„Ja, Brian. Ich werde Dir auch nicht zur Last fallen, kann arbeiten", er lächelte, „bin auf jedem Gebiete bewandert. Vielleicht brauchst Du einmal einen, der geheime Regierungsdokumente klaut. Für derartige Geschäfte empfehle ich mich bestens."

*

Still und verödet lag die Hölleninsel da. Der Brand der Fabrik hatte um sich gegriffen, die meisten Hütten waren zerstört. Die Zugbrücke, die auf die andere Insel führte, war heruntergelassen worden. Die unseligen Bewohner dieses ärgsten Höllenkreises durften kommen und gehen, wie es ihnen beliebte. Jack Be[illegible] hatte unter den hundert Mann auch einen Arzt mitgeschickt; der würde für die Wahnsinnigen sorgen, bis ein Schiff sie nach der Heimat abholte. Einige der Frauen aus dem grünen Hause hatten sich erboten, noch auf der Insel zu bleiben und sich der Unseligen anzunehmen.

Von Barbados aus wollte O'Keefe seine Enthüllungen über die Hölleninsel, das EJUS und dessen Herstellung in die ganze Welt versenden. Die ersten Nachrichten freilich sollte der „Stern der Freiheit" erhalten zum Ersatz für die recht mangelhaften Berichte seines Korrespondenten über die Präsidentenwahl.

In Barbados würden sie auch Fred Mannister und dessen junge Frau vorfinden; Mannister wollte O'Keefe nicht fortlassen, ohne von ihm Abschied genommen zu haben, und Daisy verlangte danach, den Bruder zu sehen.

Am Nachmittag lichteten beide Schiffe die Anker. Zuerst fuhr die weiße Jacht aus dem Hafen aus; ihr folgte keuchend und pustend der dickbäuchige braune Dampfer. Das Meer erstrahlte in wundervollem Blau. O'Keefe, Benson, Bill Snow und Tommy standen auf dem Verdeck.

Die untergehende Sonne hüllte die Hölleninsel in einen blutigen Schein, und Tommy, den die Aufregungen der letzten Tage hart mitgenommen hatten, schauderte zusammen.

„Ein Meer von Blut", flüsterte er vor sich hin.

O'Keefe nickte. „Ja, ein furchtbares Meer aus Blut und Tränen."

Er verstummte. Die Sonne war untergegangen, die Dunkelheit brach an. Der Reporter fügte hinzu:

„Ein Blutmeer, in dem die Hölleninsel versinkt, sich reinigt von dem Frevel, der auf ihr begangen wurde."

Die fünf Männer beugten sich über die Reeling. Am Horizont verschwamm das dunkle Meer mit dem dunklen Himmel.

Die Hölleninsel war verschwunden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260222-15/fragment/page=0006